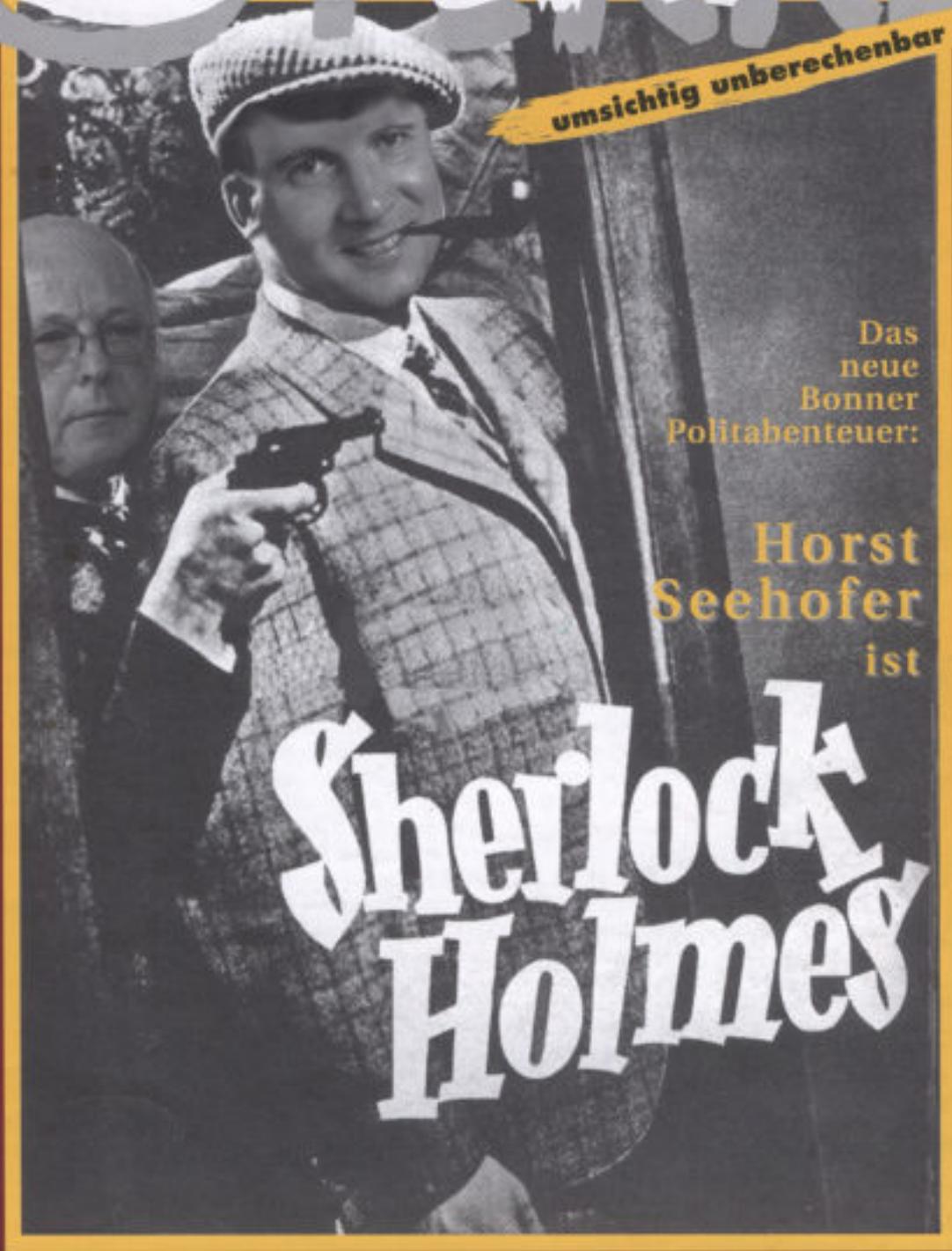


Münsters Arbeitslosenzeitung 2/97  
08. Mai - 01. Juli '97

EURO-  
MARSCH  
gegen Sozialabbau  
14.6. Demo in Amsterdam

# SPERRE

umsichtig unberechenbar umsonst



Das  
neue  
Bonner  
Politabenteuer:

Horst  
Seehofer  
ist

# Sherlock Holmes

JAGD AUF DIE  
SOZIALSCHMAROTZER



Foto: privat

DENUNZIAN-  
SCHWEINE!



### In eigener Sache

Schwarze Schafe gibt es überall, selbst in der SPERRE-Redaktion. ALF, arbeitslose Lebensform und Comic-Star der SPERRE, hat die Honorare für seine regelmäßigen Auftritte auf dieser Seite offensichtlich nicht dem Sozialamt gemeldet. Diese Information verdanken wir der anonymen Zuschrift eines aufmerksamen Lesers. Wir haben die zuständigen Stellen umgehend über diesen Verdacht in Kenntnis gesetzt. Der Herausgeber betrachtet sich mit sofortiger Wirkung bis zur endgültigen Klärung des Sachverhaltes nicht mehr an die vertraglichen Vereinbarungen mit Herrn ALF gebunden. Wir bitten um Verständnis, daß wir daher von einer Veröffentlichung des neuesten ALF-Abenteuers absehen müssen. Ihr SPERRE-Team.

Liebe Leserinnen und Leser,

„Der Euro kommt“ – wie ein Damoklesschwert hängt die beharrliche Ankündigung der Währungsunion über den BürgerInnen der europäischen Nationen. In ganz Europa wehren sich die Leidtragenden der Sparprogramme zur Erfüllung der Maastrichter Kriterien wütend mit Streiks und Massenaaktionen. DemonstrantInnen aus allen EU-Ländern werden am 14. Juni in Amsterdam eintreffen, um dort gegen die sozialen Auswirkungen der Konvergenzkriterien zu protestieren.

Kohl als der wohl ehrgeizigste Verfechter der europäischen Währungsunion verfolgt derweil unbeirrt seinen Plan, zum Einigungskanzler des Kontinents, zum Bismark Europas zu werden. Die riesigen Haushaltslöcher, die uns die – ebenfalls von Kohl forcierte – Vereinheitlichung der deutschen Zahlungsmittel im Sommer 1990 bescherte, müssen also tunlichst gestopft werden, um die Bedingungen von Maastricht II zu halten. Kein Problem für Doktor Theo Waigel, der für die Finanzierung des Euro sein altbewährtes Rezept verschreibt: Weniger Geld für Arbeitslose, Sozialhilfe-EmpfängerInnen und RentnerInnen. Nebenwirkungen für die Patienten? Egal! Denn wer für den Produktionsprozeß überflüssig ist, ist für die Gesellschaft sowieso nicht mehr wichtig. Da stört es auch niemanden, daß die von Waigel und Seehofer vorangetriebene Verminderung des Sozialhilfesatzes gegen die Chancengleichheit und Gerechtigkeit des Sozialstaatsgebotes verstößt.

Mal ehrlich: Die 18,8 Milliarden Mark an *Hilfen zum laufenden Lebensunterhalt* zählen nur zu den vielzitierten Peanuts, und deren Beschneidung scheint ein weiterer Versuch zu sein, denjenigen die Schuld für die Misere zuzuweisen, die keine Lobby haben: Wie ist es sonst zu erklären, daß die neuen Beschlüsse besonders Kinder und AsylbewerberInnen treffen?

Verglichen mit der wirklichen Problemlage handelt es sich bei der Dimension der Bonner Machenschaften doch um Politik im Westentaschenformat. Das Gezerre um die Steuerreform und die ständigen Kürzungen der Sozialleistungen sollen nur die Untätigkeit der Politik kaschieren:

*Globalisierung?* – Da muß man sich fügen.

*4,5 Millionen Arbeitslose?* – Da ist eben nichts zu machen.

*Sinkende Realeinkommen?* – Den anderen geht's noch schlechter.

„Dies ist die Zeit der großen Probleme, aber nicht die Zeit der großen Problemlösungen“, stimmte selbst DGB-Chef Dieter Schulte kürzlich in die allgemeine Litanei der Ohnmacht ein. Dabei liegt die vernünftige Alternative auf der Hand. Klaus Zwickel hat sie jüngst wieder benannt: Nur durch Überstundenabbau und eine 32-Stunden-Woche lasse sich die Massenarbeitslosigkeit gezielt bekämpfen. Zwickels erneuter Vorstoß könnte die öffentliche Diskussion um die Beschäftigungspolitik wieder beleben und dazu beitragen, die bestehende Erwerbslosigkeit zu halbieren. Ohne die Kompromißbereitschaft der Unternehmerseite in puncto Lohnausgleich geht's jedoch nicht, denn die ArbeitnehmerInnen machen seit 15 Jahren permanent Zugeständnisse, gerade auch bei ihrem Lohn.

Alexandra Schulte

Alexandra Schulte

<b>LESER(INNEN)BRIEFE</b>	4
Arbeitseifer lohnt sich nicht, my Darling	
<b>SOZIALE RUTSCHE STATT SOZIALES NETZ</b>	5
Lauffeuer – Europa in Bewegung – International gegen Sozialabbau	
<b>EURO-MARSCH NACH AMSTERDAM</b>	6
Auf der SPERRE-Couch: Marion Tüns. Erst der Hochadel, dann zur SPERRE	
<b>„JEDE MARK KÖNNEN WIR NUR EINMAL AUSGEBEN“</b>	8
Nicht nur gut für Steil- und Doppelpässe: Preußen Münster akzeptiert den Vorläufigen MÜNSTER-PASS	
<b>KURZINTERVIEW MIT MARKETING-LEITER CARSTEN CRAMER</b>	11
Wen die Götter lieben, ... Das neue Arbeitsförderungsreformgesetz verstößt gegen das Grundgesetz	
<b>IN BESTER VERFASSUNG?</b>	15
Sam Sperre ermittelt: <i>DER ZAUBERBERG, TEIL V</i>	16
Politik mit Eingriff: Sozialhilfebeziehenden geht's an die Wäsche	
<b>BREMSSPUREN IN DER MENSCHENWÜRDE</b>	18
<b>INFOS-RECHT</b>	22
Die Direct-Recycle-Papierprodukte GmbH, Münster, wird Sozialer Betrieb	
<b>(K)EIN PAPIERTIGER</b>	23
Forsch und telegen: <i>Schwarze Witwe</i> – Autonome Frauenforschungsstelle e. V.	
<b>KAMPF DEM PATRIARCHAT FRAUEN-TV</b>	24
Wohnen oder Nicht-Wohnen (MIET-)SPIEGEL CONTRA (MERCEDES-)STERN	26
Mahlzeit! <b>SCHLEMMERMENÜS FÜR SOZIALSCHMAROTZER</b>	28
Frauenpower gegen die Sozialabbauer <b>SCHLUSS JETZT!</b>	30
Buchtipp – Andrew Cowans Erstling: <i>Schwein</i>	
<b>HILFLOSES GRUNZEN</b>	31
Offenbarungseid? – Arbeitsamt muß bei Fortbildung und Umschulung sparen	
<b>PLÜNDERN FREI!</b>	32
<b>RÄTSEL</b>	33
Rätselgeschichten für kleine Leute <b>KINDER, KINDER: DAS GROSSE RENNEN</b>	34
Tips aus der Anwaltpraxis: Wohn- oder Lebensgemeinschaft?	
<b>GELD ODER LIEBE</b>	35

## Impressum

### Herausgeber:

Arbeitslose brauchen Medien  
(AbM) e. V., Achtermannstraße 7,  
48143 Münster  
Telefon: (02 51) 51 11 21  
Telefax: (02 51) 4 79 14

### Redaktion:

Dirk Nothnagel (nodi), Uwe  
Wiedenstried, V.i.S.d.P. (uwi)

### Mitarbeit:

Wilhelm Achelpöhler, Norbert  
Attermeyer (noa), Ulrike Barth  
(rike), Christoph Busch (cb), Paul  
Demel (pade), Maria Hamers, Maria  
Michael (mm), Anne Neugebauer,  
Bettina Spogis (bes), Arnold  
Voskamp (avo), Ulrich Wieners (uli)

### Layout u. Titelbildgestaltung

Uwe Wiedenstried

### Satz:

Norbert Attermeyer, Maria Hamers

### Fotos:

Uwe Wiedenstried, Dirk Nothnagel,  
Anne Neugebauer, Ulrike Barth,  
Alexandra Schulte

### Karikaturen:

Frank Hegemann

### Anzeigen und Spenden:

Maria Hamers, Uwe Wiedenstried

### Druck: Lensing-Wolff

Auflage: 8.000

### Bankverbindung/Spendenkonto:

Bank für Gemeinwirtschaft  
Münster – BLZ 400 101 11 –,  
Kto. 1021213400

LeserInnenbriefe an den Herausgeber.  
Wir freuen uns über jede  
Zuschrift. Das Recht zu kürzen  
behalten wir uns vor. Namentlich  
gekennzeichnete Artikel geben  
nicht unbedingt die Meinung der  
Redaktion wieder. Das Urheber-  
recht für die Beiträge liegt bei den  
AutorInnen.

Anzeigenpreisliste vom 26.6.1995

Nächste Ausgabe: 01.07.1997

Die ewige Steuerreform

Eines der Reizthemen unserer Tage ist die vielbeschworene Steuerreform. Sie dient als Vorwand für jeden hanebüchernen Unsinn. ... Das Chaos ist undurchschaubar geworden. Dabei sollte sie schlicht und einfach der Vereinfachung und Übersichtlichkeit dienen. Wie kommen Steuerlöcher zustande? Das wäre ein Thema, um einmal gründlich hinzusehen ... Wir sollten schon wissen, wie unser Geld ausgegeben wird. Wo wird wie verschwendet!? ... Gestrichen werden muß (?) wohl. Aber warum nicht da, wo es unverdient und reichlich fließt, bei den Privilegierten, da, wo untereinander nicht ge-, sondern verteilt wird. ... Es gibt Aufgaben, die sind dem Staat originär, diese Aufgaben können nicht anders als durch Subventionen übernommen werden. Wenn aber diese Subventionen nur dorthin fließen, wo bereits Überfluß herrscht, muß über die Verteilung neu nachgedacht werden. Es könnte auch zu Kürzungen kommen, ohne Schäden entstehen zu lassen. ... Fallen Privilegien und Subventionen fort, stünde ein übersichtliches und effektives Modell eines funktionierenden Steuersystems vor unseren Augen.

Wilhelm Grünberg, Münster



Das Glücksrad in der großdeutschen Standortbörse dreht sich auch für unsere lieben Kleinen. Kinder und Jugendliche haben unter dieser Regierung bald nichts mehr zu verlieren. Horst Seehofer will die Kleiderpauschale für Kinder von Sozialhilfebeziehenden im Bundesdurchschnitt um 41,- DM jährlich senken.

Näheres dazu auf den Seiten 18 bis 21.  
Foto: Hamers

Ein dickes Kompliment

Liebe SPERRE-Redaktion,  
ein dickes Kompliment für die SPERRE. Mir fiel die Ausgabe März/April im Arbeitsamt in die Hände, als ich mich arbeitslos gemeldet habe. Da ich aus gesundheitlichen Gründen arbeitslos geworden bin und nun auf eine Reha-Maßnahme warte, fiel es mir nicht leicht, mich mit meiner neuen Situation abzufinden bzw. zurechtzufinden. Da tat es richtig gut, in der SPERRE zu lesen, daß es auch für Arbeitslose viele Möglichkeiten gibt, sich sinnvoll mit der Thematik zu befassen. Ich werde auch bestimmt zum Arbeitslosenstammtisch kommen, um mich einmal mit Betroffenen auszutauschen.  
Marion Pinkhaus, Scheibenstr. 45, 48153 Münster

Nur Dieckstraße 73-75  
DIE MÖBELRAMPE

Ist eine Einrichtung zur beruflichen und sozialen Integration von Nichtseßhaften, Haftentlassenen und Alkoholikern.

Auch Sie können uns unterstützen

- durch Spenden  
von Möbeln, Elektrogeräten, Trödel, Hausrat aller Art\*.
- durch Kauf  
denn die Sachkosten, also Miete, Telefon, Material, Fahrzeugkosten usw. müssen wir selber aufbringen.
- durch Mitarbeit  
wenn Sie Engagement und handwerkliches Geschick mitbringen.

\* Auch komplette Haushaltsauflösungen, z.B. im Todesfall, werden von uns abgewickelt.

Wenn Sie Fragen haben, rufen Sie uns an.  
Wir stehen Ihnen gerne Rede und Antwort.

Telefon (02 51) 2 30 11 55

Neue Erstattungsgrenze unterbietet Sozialhilfe

Bewerbungskosten nur noch an Verhungerte

Das Arbeitsamt kann Bewerbungskosten erstatten: Porto, Fotos, Bewerbungsmappen, Fahrtkosten zur Vorstellung und ähnliches. In der Vergangenheit hat es bis 200 DM pro Halbjahr übernommen, wenn man die Quittungen vor Ablauf von sechs Monaten einreichte.

Nicht mehr so seit etwa zwei Monaten: Das Arbeitsamt Münster spart sich in den meisten Fällen diese „Förderung der Arbeitsaufnahme“.

Nur wer nachweislich weniger als 800 DM im Monat hat, bekommt Bewerbungskosten erstattet.

Begründung: „Wir haben deutlich weniger Geld zugewiesen bekommen. Wenn jede/r Arbeitslose gefördert wird, ist im Mai kein Geld mehr da.“

Widerspruch einlegen!

Die Behörde hat die Arbeitslosen in der Vergangenheit angewiesen, ihre Quittungen zu sammeln und in Halbjahresabständen gebündelt abzugeben. Diese Aussage war in der Regel nicht geändert oder zurückgenommen worden. Deshalb sollte man sich auf die Rechtslage von vor sechs Monaten beziehen und Widerspruch gegen die Ablehnung einlegen. Dazu kann man anführen, daß die Einkommensgrenze von 800 DM unterhalb der Sozialhilfe liegt und willkürlich festgelegt wurde. Ansonsten wäre auch das Sozialamt mit der Kostenübernahme dran.

avo

## Sozial Schwache müssen für Euro-Kriterien herhalten

Ich hab' es zwar vernommen, doch glauben kann ich es nicht: Da fordert unser Euro-Sparminister Theo Waigel, daß die Sozialhilfe ... erneut gekürzt werden soll, da ein verheirateter Sozialhilfeempfänger mit zwei Kindern ein höheres Nettoeinkommen als ein Industriearbeiter in den unteren Lohngruppen und Arbeitslose an Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe zur Verfügung habe. Diese Aussage von Minister Waigel ist doch höchst merkwürdig, denn er hat doch, in Verbund mit Bundeskanzler Kohl und Arbeitsminister Blüm, die Gelder für die Arbeitslosen in den letzten Jahren so drastisch gekürzt, daß diese auf die Sozialhilfe angewiesen sind. Jetzt aber ist das ein Argument, um die Sozialhilfe zu verringern. Diese Gedankenspiele des Euro-Sparministers sind für mich nicht mehr nachvollziehbar. ... Daß außerdem ein Sozialhilfeempfänger über mehr Einkommen verfügt als ein Industriearbeiter, liegt wohl nicht an der Höhe der Sozialhilfe, sondern vielmehr an dem Hungerlohn (zehn Mark netto in der Stunde) des Industriearbeiters. ... wann haben die Herren Minister einmal den Mut, bei den Besserverdienenden die Sparschraube anzusetzen, um die Euro-Kriterien zu erfüllen? Beginnen könnten sie mit der Streichung des Kindergeldes (ab 90.000 Mark brutto im Jahr). Ich habe sowieso das Gefühl, daß die Euro-Kriterien nur von den Armen in unserer Bevölkerung (Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger) erbracht werden. Keine Ruhmestadt der Wohlhabenden in diesem unserem Lande und natürlich auch der christlich-liberalen Koalition. ..."

Herbert Elsner, Pohlstr. 9 a, 48366 Laer

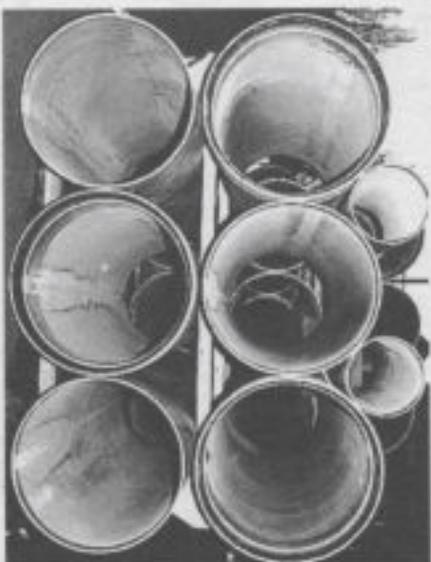
Thema: Bürgerfunk (Heft 1/97)

## „Vorzensur“

Wenn Radiovereine und Volkshochschulen die stiefmütterliche Behandlung des Bürgerfunks durch die Privatsender (z. B. Radio AM) beweinen, entsteht der Eindruck, als wenn der Mißstand allein dort zu suchen wäre.

In Wirklichkeit werden Privatleute, die mal im Bürgerfunk senden wollen, oftmals auch schon im Vorfeld abgelehnt durch die Radiovereine und Volkshochschulen selbst. Paradox? Mitnichten! Auch der Initiative Öffentlicher Nahverkehr hat man bisher auf diese Weise das Senden im Bürgerfunk verweigert. Wir können nachweisen, daß es anderen Sendeinteressierten mitunter auch so geht. Allein die Dunkelziffer dürfte hoch sein.

Nach dem Landesrundfunkgesetz dürfen zwei Bürger zusammen, wenn sie den Hauptwohnsitz im Sendegebiet haben, unzensuriert senden. Aber nicht nur die Privatsender finden immer wieder



Auch nach dem Euro werden Arbeitslose und Sozialhilfebeziehende weiterhin diese Aussicht genießen dürfen. Foto: Nothnagel

Arbeitseifer lohnt sich nicht

## Soziale Rutsche statt soziales Netz

Sozialhilfeempfänger sind faul. Sie wollen überhaupt nicht arbeiten, sondern beziehen lieber die üppige Stütze. So oder ähnlich lauten die gängigen Vorurteile, die sogar zur Rechtfertigung der herrschenden Armuts politik herangezogen werden. Daß die Wirklichkeit ganz anders aussieht, zeigt folgender authentischer Fall:

Peter Müller (richtiger Name der Redaktion bekannt) ist seit dem 2. Dezember arbeitslos gemeldet. Er bekommt 224,40 DM Arbeitslosengeld wöchentlich. Um die 700 DM Warmmiete neben den anderen Kosten aufzubringen, arbeitet der gelernte Krankenpfleger nachts 30 Stunden pro Monat in einem Krankenhaus, wodurch er im Dezember 826,08 DM dazuverdient. Davon wurden ihm 598,08 DM auf die laufenden Leistungen des Arbeitsamtes angerechnet. Das heißt: Von seinem Verdienst blieben ihm nur 228 DM übrig. Zusammen mit dem Arbeitslosengeld in Höhe von 912 DM standen Peter Müller im Dezember lediglich 1140 DM zum Lebensunterhalt zur Verfügung. Damit hätte er ein Anrecht auf ergänzende Sozialhilfe.

Ohne Nebentätigkeit bekäme er einen Sozialhilfebetrag in Höhe von 250 DM monatlich. Nach geltender Rechtslage ist es also möglich, mit Arbeitslosengeld plus Nebenverdienst – aufgrund der Anrechnung des Nebenverdienstes – weniger Geld zur Verfügung zu haben, als wenn man neben seinem Arbeitslosengeld nur Sozialhilfe erhält.

Nicht, daß dieser Fall als Plädoyer für eine Absenkung der Sozialhilfe verstanden wird, schließlich können nur 15,7 % der arbeitsfähigen Sozialhilfeempfänger durch eine Nebentätigkeit ihre finanzielle Situation verbessern. Die Mehrheit der Sozialhilfeempfänger ist allein auf Sozialhilfe angewiesen, um mehr schlecht als recht über die Runden zu kommen. Vielmehr sollte die Anrechnungspraxis auf den Prüfstand gestellt werden, denn wenn ein Peter Müller, der 20 Jahre seine Beiträge geleistet hat, von der Arbeitslosenversicherung umgehend in die Sozialhilfe durchgereicht wird, droht das soziale Netz zur sozialen Rutschbahn zu werden. Den verantwortlichen Politikern sei das Sozialwort der Kirchen ins Gedächtnis gerufen, in dem es heißt: „Die Sozialhilfe könnte wesentlich entlastet werden, wenn die vorrangigen Sicherungssysteme ‚armutsfest‘ gemacht werden.“

Ablehnungsgründe, sondern die Radiovereine und VHS auch. Letztere hängen die Anforderungen höher, als vom LRG vorgeschrieben und praktizieren Vorzensur inhaltlicher, stilistischer und technischer Art und begründen das mit angeblichen „Qualitätsgewohnheiten“ der Zuhörer. In Wirklichkeit geht es ihnen nur um die Besitzstandswahrung vorgefaßter regelmäßiger Sendeplätze, obschon das LRG das Schlangenprinzip vorsieht, damit jeder mal drankommt. Und sie wollen politisch orientierte Tendenzbetriebe, die nicht nur Belanglosigkeiten senden, nicht so gerne dabei haben. Wer inhaltlich nicht so brav senden will, wird abgelehnt. Und der übertriebene Zwang zu überhöhtem technischen Standard schreckt auch viele ab. Wenn die Bürger nicht berechtigt sind, mit einfachen Mitteln Sendebeiträge zu produzieren, ist der ganze Bürgerfunk Makulatur.“

Helmut Poppenborg  
Fortschrittsinitiative Münster

International  
gegen  
Sozialabbau!

14. Juni '97: Demo in Amsterdam

# euro-marsch

Foto: Northmagel

Die Initiative, den Kampf gegen die Erwerbslosigkeit auf eine europäische Ebene zu heben, kommt aus Frankreich. Die Arbeitsloseninitiative „Agir contre le Chomage!“\* (AC!) hatte im Mai 1994 einen Marsch der Arbeitslosen durch Frankreich organisiert und vor einem Jahr den Vorschlag unterbreitet, zum Gipfeltreffen der EU-Staaten im Juni 1997 (Maastricht-II-Vertrag) einen Marsch der Arbeitslosen durch verschiedene europäische Länder nach Amsterdam zu organisieren.

Inzwischen gibt es eine europäische Koordination mit Beteiligung von Frankreich, Italien, Spanien, Portugal, Griechenland, Österreich, Schweiz, Polen, Schweden, Finnland, Irland, Großbritannien und der BRD. Seit Herbst letzten Jahres gibt es bundesweite, regionale und örtliche Vorbereitungsgruppen. Der Sternmarsch auf Amsterdam wird von Mitte April bis Mitte Juni stattfinden.

In Münster wurden die „Europäischen Märsche gegen Erwerbslosigkeit, ungeschützte Beschäftigung und Ausgrenzung“ erstmals am 8. März im Rahmen der Frauendemonstration gegen Sozialabbau vorgestellt. Denn Sozialabbau, Lohndrückerei, Massenarbeitslosigkeit und Armut sind kein bundesdeutsches Problem. Auf der Abschlusskundgebung hieß es dazu:

„Mehr als 20 Millionen Menschen in der Europäischen Union sind erwerbslos, über 50 Millionen Menschen leben unter der offiziellen Armutsgrenze.“

Doch dieses sind nicht die Themen der Regierungskonferenz der Europäischen Union im Juni in Amsterdam. Dort

wollen die Regierungschefs über die Zukunft Europas und die Maastricht-Verträge entscheiden.

Ein breites Spektrum sozialer Organisationen – Erwerbsloseninitiativen, Gewerkschaften, Frauen-, Flüchtlings- und Antirassismusgruppen – rufen zu Märschen gegen Erwerbslosigkeit, ungeschützte Beschäftigung und Ausgrenzung auf.

Ab dem 15. April werden sich aus allen Teilen Europas Marschsäulen formieren, die sternförmig auf Amsterdam zulaufen und dort in einer großen europäischen Demonstration am 14. Juni münden.

In Deutschland haben sich bisher drei Säulen gebildet: den Rhein entlang, quer durch Norddeutschland und die Ost-West-Säule durchs Ruhrgebiet. Eine vierte Säule von Bayern her wird geplant.

Auch von Münster aus wollen wir uns daran beteiligen. Wir werden im Frauenbündnis gegen Sozialabbau besonderes Gewicht auf die verheerenden Auswirkungen für uns Frauen legen, wollen

uns an den Vorbereitungen zum 1. Mai beteiligen, zu dem der DGB eingeladen hat, und rufen hier alle Frauen auf, sich ebenfalls daran zu beteiligen. Mit der *Mauer der sozialen Kälte* (vgl. S. 30) werden wir am 14.6. in Amsterdam an der Großdemonstration teilnehmen.

Inzwischen gibt es weitere Gruppen, die sich an den Märschen von Münster aus beteiligen werden. Ab Mitte April gibt es in der Innenstadt Informations-tische sowie regelmäßige Aktionstreffen im *cuba*, Achtermannstraße. Am 27. Mai machen wir uns gemeinsam von Münster aus auf den Weg nach Dortmund, um uns der Ost-West-Marschsäule anzuschließen. Die *Mauer der Sozialen Kälte* wird dann auch mitwandern. *Anne Neugebauer*

#### Informationen zu den Arbeitstreffen in Münster bei:

Frauenbuchladen Chrysalis,  
Buddenstr. 22, Tel. 5 55 05 und  
SPERRE, Achtermannstr. 7,  
48143 Münster, Tel. 51 11 21

\*„Handeln gegen Arbeitslosigkeit!“

## Aufruf

## Europa in Bewegung

Was vor drei Jahren mit einem Sternmarsch gegen Arbeitslosigkeit in Frankreich begann, erfaßt heute ganz Europa. Immer mehr Menschen sind von der neoliberalen Wirtschaftspolitik und dem Sozialabbau betroffen und setzen sich auch zur Wehr. Jede/r Fünfte in der Europäischen Union ist erwerbslos und lebt an der Armutsgrenze. Löhne und Sozialleistungen werden in jedem Land nach unten gedrückt, soziale Spaltungen vertieft, Rassismus, Sexismus und Ausgrenzung verstärkt. Gleichzeitig konzentriert sich der Reichtum in den Händen einiger weniger. Die natürlichen Lebensgrundlagen werden zerstört. Eine unerträgliche Situation!

Die Maastricht-II-Konferenz im Juni in Amsterdam will über soziale Probleme überhaupt nicht reden.

Wir, ein internationales Bündnis von Erwerbsloseninitiativen, Gewerkschaften, Flüchtlings-, Frauen- und anderen sozialen Gruppen, wollen die Arbeitslosigkeit bei der Wurzel packen. Wir fordern eine radikale Arbeitszeitverkürzung mit dem Recht auf einen Arbeitsplatz für alle, die ihn wollen. Wir fordern Bildung, Wohnung und Gesundheit für alle und die Gleichstellung von Frau und Mann. Unser Ziel ist ein ökologisches Europa ohne Festungsmauern, in dem jede und jeder ein existenzsicherndes Einkommen haben kann, das ein Leben in Würde garantiert.

Wir rufen zum Europäischen Marsch gegen Erwerbslosigkeit, ungeschützte Beschäftigung und Ausgrenzung auf. Ab dem 14. April marschieren Tausende aus vielen Ländern Europas nach Amsterdam. Diese internationalen Sternmärsche werden am 14. Juni in einer Großdemonstration münden. Vom 12. bis 17. Juni findet dort auch ein Gegengipfel zum Regierungsgipfel statt.

Foto: Neugebauer



## „Saubere“ Kleidung?

Am 20. März eröffnete Eddie Bauer eine Filiale in Münster. Verschiedene „Dritte Welt“-, Frauen- und Kirchengruppen aus Münster, die sich der europaweiten „Clean Clothes Campaign“ angeschlossen haben, nahmen dies zum Anlaß, öffentlich zu protestieren. „Wie andere Bekleidungsunternehmen auch, läßt Eddie Bauer seine Produkte vorwiegend in der ‚Dritten Welt‘ unter skandalösen Zuständen herstellen – zum Beispiel in der Fabrik Mandarin in El Salvador“, hieß es in einem verteilten Flugblatt. Die Kampagne will auf die Einhaltung von ArbeitnehmerInnenrechten sowie unabhängige Kontrollen der menschenverachtenden Arbeitsbedingungen bei der Herstellung von Bekleidung hinwirken. Im verschärften Wettlauf um „Standorte“ geht es um die niedrigsten Löhne, den Ausschluß gewerkschaftlicher Rechte, die längste Arbeitszeit, die geringsten Arbeits- und Umweltschutzauflagen und möglichst totale Befreiung von Steuern und Zöllen. Die Opfer dieses Wettlaufs sind die Beschäftigten der Bekleidungsindustrie, vorwiegend Frauen. Anne Neugebauer



Foto: Neugebauer

Streckenführung und Zeitablauf für die Marsch-  
etappe Ost-Westfalen/Lippe—Niederlande

- 23.05. Stadthagen—Detmold Empfang 16 Uhr Hbf  
24.05. Autokorso nach Bielefeld Zwi.stopp Porta 11 Uhr,  
Ankunft BI 12 Uhr  
25.05. Autokorso nach Gütersloh Ankunft ca. 16 Uhr  
26.05. Marsch nach Rheda-Wiedenbrück,  
abends zurück nach Gütersloh  
27.05. Fahrt nach Dortmund Ankunft ca. 13 Uhr  
Verbleib/Aktionen bis 30.5.  
27.05. Münster—Dortmund  
30.05. Marsch nach Bochum  
31.05. Gelsenkirchen  
01.06. Essen  
02.06. Mülheim/Oberhausen  
03.06. Duisburg Verbleib/Aktionen bis 5.6.  
05.06. 10 Uhr Abfahrt mit dem Schiff nach Nijmegen,  
Zwischenstopp in Emmerich an der Grenze

Es muß nicht immer teuer sein,  
einen besonderen Geschmack zu haben

**MOBEL TRÖDEL**  
Spielzeug und  
Kinderfahräder  
an- und verkauf

An- und Verkauf  
von Büchern  
und Schallplatten



Hindenburgplatz 64-66

**LESEZEICHEN**

**CROCODILE**  
Second-Hand-  
Model  
MS - Hensberg 3  
Tel. 0251-67355

**Kinderkiste**  
Damen- und  
Kinderbekleidung  
Maximilianstr. 8  
Tel.: 230 24 99

**MÖBEL  
RAMPE**

Möbel Trödel  
E-Geräte  
Hausrat aller Art.  
Dieckstr. 73-75,  
48145 Münster

## Radlos ?

Neue und  
gebrauchte Fahrräder  
max. bis 13.10 Uhr  
Dortmunder Str. 31  
Tel. 26 57 65

**LILALEEZE**  
Fahrräder und Zubehör

Second-Hand  
vernetzt -  
Eine Initiative  
des netz NRW,  
Hüfferstr. 16,  
48149 Münster



**netz**  
Niederrhein-Markieren

„Jede Mark können wir nur einmal ausgeben“

Interview:  
Norbert Attermeyer;  
Dirk Nothnagel

Fotos (4): Nothnagel

Marion Tüns stellt sich in Kürze der Wahl zur hauptamtlichen Bürgermeisterin. Trotz Terminflut – ihr prallvoller Kalender verzeichnet durchschnittlich auch ein Treffen täglich mit BürgerInnen der Stadt – machte Münsters Erste Bürgerin das Gespräch über Arbeits- und Sozialpolitik möglich. Gerade hatte sie noch das hochwohlgeborene Händchen der blaublütigen Insel-Prinzessin Anne geschüttelt, schon nahm sie Platz auf der SPERRE-Couch.

*Im Sommer wird die Ratsvorsitzende Münsters auch Verwaltungschefin. Wie sehen Sie Ihr Selbstverständnis zwischen Politik und Behörden?*

In gewisser Weise bewegt man sich zwischen beiden Polen. Das hat aber auch Vorteile: Forderungen aus der Politik kann ich in die Verwaltung tragen, um sie umzusetzen; Bedarfe auf Verwaltungsebene kann ich aufgreifen und zum politischen Entscheid führen.

*Auch Münsters Verwaltung soll „verschlankt“ werden. Gibt es Vorhaben, den geplanten Abbau von 60 Stellen arbeitsorganisatorisch, z. B. über Arbeitszeitverkürzung, abzumildern oder zu vermeiden, oder zählen nur Kostenargumente?*

Gerade die Verwaltungen stehen unter enormem öffentlichen Druck, effektiver und kostengünstiger zu arbeiten. Für Münsters Verwaltung kann ich nur sagen: Die MitarbeiterInnen sind bereits jetzt ausgelastet, teilweise bereits überlastet. Auch in früheren Jahren hat niemand dort

Däumchen gedreht. Personalentwicklung im Rahmen des Konsolidierungskonzeptes heißt für uns: Niemand wird entlassen, stattdessen gibt es Umschichtungen, Umwidmungen und Maßnahmen der Arbeitsorganisation. In etlichen Bereichen „sitzen“ schon viele der 4.000 Leute auf 2/3- oder 5/8-Stellen, leider sind dies vorwiegend noch junge Frauen. Generell ist Teilzeitarbeit bisher bei den Jüngeren weiter verbreitet, für die Älteren ist das Abrücken von der Vollzeit schwieriger. Sie haben sich bei dem höheren Einkommen eingerichtet.

*Wie entwickelte sich der städtische Sozialhilfe-Etat? Welche Auswirkungen von Leistungseinschränkungen durch das Arbeitsamt sind sichtbar?*

Steigende Arbeitslosenzahlen bedeuten auch mehr Menschen, die Hilfe zum Lebensunterhalt benötigen, sprich die Ausgaben steigen. Ende 1996 waren darunter 2.561 Arbeitslose bzw. TeilnehmerInnen von Weiterbildungsmaßnahmen. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet

das für diesen Kreis eine Zunahme um 14 Prozent. Insgesamt beliefen sich die Ausgaben für die Sozialhilfe außerhalb von Einrichtungen auf rund 76,6 Mio. DM –



Ganz klar: „Sozialdetektive“ werden in Münster nicht eingestellt.



*Die Sozialhilfe kann ja nicht alle Leistungskürzungen in anderen Bereichen auffangen.*

*In welcher Form wäre das „Bureau Maatwerk“\*\* für die Stadt ein Vertragspartner? Oder setzen Sie mehr auf städtische Eigeninitiative?*

In Münster haben wir uns für einen örtlichen Träger, GEBA – Gesellschaft für Berufsförderung und Ausbildung – entschieden. Deren bereits angesprochenes Projekt „Börse für Beratung – Trainee – Vermittlung“ hat im März begonnen. Die Vorteile gegenüber „Maatwerk“: Finanziert wird eine vollständige Maßnahme, anstatt Prämien für jede Stellenvermittlung zu zahlen. Weiterhin gibt es keine Höchstzahl für erfolgreich vermittelte BewerberInnen – „Maatwerk“ würde nach Erreichen dieser Grenze seine Aktivitäten beenden. Was bringt das, wenn die kommen und nach 100 Vermittlungen wieder gehen? Nächstes Jahr stehen wir wieder mit 100 da. Inwieweit städtische Eigeninitiative erfolgreicher ist, werden wir nach den ersten Erfahrungen mit unserem münsterischen Ansatz sehen: Erfolg und Kosten müssen sich an „Maatwerk“ messen lassen.

*Wie sieht das für Ende 1996 angekündigte arbeitsmarktpolitische Gesamtkonzept (Arbeitsmarkt-Forum 10.09.96) aus?*

Die AIM als arbeitsmarktpolitisches Instrument orientiert sich primär an den individuellen Möglichkeiten der Arbeitssuchenden und am Bedarf des Arbeitsmarktes. In dieses Gesamtkonzept gehört

3,7 Prozent mehr als 1995. Die von 1994 auf 1995 noch dreimal so hohe Kostensteigerung ging bereits größtenteils auf Änderungen im Arbeitsförderungsgesetz zurück. Leistungseinschränkungen dort belasten unmittelbar die Sozialhilfe-Etats der Kommunen.

So hätten die ursprünglich geplante Befristung der Arbeitslosenhilfe (ALHi) und der Wegfall der originären ALHi Münster vor noch erheblichere Probleme gestellt.

*Das Arbeitsamt Münster erstattet Bewerbungskosten nur noch bei Einkünften von weniger als 800 Mark – das ist unterhalb des Sozialhilfe-Regelsatzes, also übernimmt das Sozialamt die Erstattung. Wird das Sozialamt als Arbeitsamt mißbraucht?*

Das Arbeitsamt hat diese Grenze aufgrund von Mittelkürzungen im Rahmen seines Ermessens festgelegt. Sie ist selbstverständlich viel zu niedrig, eigentlich können nur noch Arbeitslose oder Auszubildende, die bei den Eltern wohnen, Bewerbungskosten erstattet bekommen. Natürlich kann die Stadt damit nicht einverstanden sein.

Die Sozialhilfe kann ja nicht alle Leistungskürzungen in anderen Bereichen auffangen. Legt man die maximal 400 Mark pro Jahr zugrunde, kostet uns das zusätzlich eine Million Mark.

Konkret stehen wir dann vor der Frage, ob das Geld dahin oder in einen MÜNSTER-PASS oder in den Kulturretat fließen soll – jede Mark können wir nur einmal ausgeben.

*Halten Sie „Sozialdetektive“ für das geeignete Mittel, „Sozialbetrüger“ nachzuspüren? Wie schätzen Sie diese Art von Mißbrauch gegenüber weniger hochgespielten Varianten von Wirtschaftsbetrug ein?*

Ganz klar: „Sozialdetektive“ werden in Münster nicht eingestellt. Ich bin sicher, daß sie mehr kosten als sie hereinholen – das sieht bei der Steuerfahndung ganz anders aus.

Nach Gesprächen mit der Oberfinanzdirektion halte ich mehr Betriebsprüfer für eindeutig sinnvoller.

Was müssen Sie, wieviele Sozialhilfebetrüger es geben müßte, um die Millionenbeträge eines Subventionsbetrugs oder einer Steuerhinterziehung zu erreichen?

Im übrigen: Einen Unterschied zwischen den verschiedenen Betrüger sehe ich nicht. Die einen erhalten ungerechtfertigt staatliche Leistungen, die anderen enthalten der Gemeinschaft dringend benötigte Einnahmen vor. Die Motive sind

jedoch höchst unterschiedlich. Was für mich zählt, ist, daß wir alle im gesetzlichen Rahmen bleiben.

*Im Bereich Arbeitsförderung: Welche Erfolge haben die kommunalen Programme gebracht?*

Durch AIM\* konnten 1996 308 Menschen, davon 103 Frauen, über Arbeits- und Qualifizierungsangebote in sozialversicherungspflichtige Stellen gebracht werden. Insgesamt förderte AIM zwölf Beschäftigungs- und Qualifizierungsprojekte für 138 Menschen.

Im gleichen Zeitraum wurden über 1 Mio. Mark für Qualifizierungs- und Beschäftigungsförderung aus dem Landesprogramm AQUA (Arbeit und Qualifizierung) und 3,2 Mio. Mark über das Regionalsekretariat zur Unterstützung arbeitsmarkt- und strukturpolitischer Projekte in Münster eingeworben.

Das Landesprogramm Arbeit statt Sozialhilfe (ASH) vermittelte 40 Frauen und Männer in Beschäftigungen, elf weitere ASH-Stellen hat AIM im Rahmen des kommunalen Programms geschaffen. Seit Sommer letzten Jahres kamen darüber hinaus 27 Menschen über AIM-Lohnkostenzuschüsse auf der Grundlage des Ratsbeschlusses in Arbeit.

*Was ist neu geplant?*

AIM hat drei Projekte initiiert, die bereits anlaufen: InCoerde verknüpft eine Beschäftigungsförderung mit Stadterneuerung, dann eine Börse für Beratung, Training-on-the-Job und Vermittlung für Sozialhilfebeziehende und Langzeitarbeitslose sowie eine Qualifizierung von Hauswirtschafterinnen.

Am 21.5. berät der Stadtrat über ein neues Beratungskonzept für arbeitslose Sozialhilfeempfangende. Es ist ein wichtiger Baustein für unsere städtische Arbeitsförderung. Der Ratsvorlage kann man die bisherigen Erfolge des Schwerpunktsachgebietes „Hilfe zur Arbeit“ entnehmen.

*Gab es echte Entlastungen für die städtischen Finanzen?*

Arbeitsförderung bedeutet zunächst Mehrausgaben. Die amortisieren sich jedoch später durch eingesparte Sozialhilfe und auch geringere Inanspruchnahme von Beratungsdiensten.

Darüber hinaus: Beschäftigte zahlen Steuern und Sozialabgaben. Die Verwaltung wird in den nächsten Monaten versuchen, die Einspareffekte der einzelnen Maßnahmen zu errechnen.

natürlich auch eine realistische Einschätzung unserer, der kommunalen Möglichkeiten. Von diesen drei Komponenten liegen zur Zeit die Analyse des „Arbeitsangebotes“, das sind die Zielgruppen von AIM wie Langzeitarbeitslose, Sozialhilfebeziehende und Jugendliche, und die Untersuchung von kommunalen Instrumenten vor; dazu zählen unter anderem die Zielgruppenförderung wie Arbeit statt Sozialhilfe und die Förderung von Qualifizierungen, aber auch von Existenzgründungen.

Bearbeitet werden noch die Tendenzen der Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung, die den Rahmen dafür abstecken. Das Gesamtkonzept wird auf jeden Fall noch in diesem Jahr stehen.

*Was kann die Stadt realistisch gesehen überhaupt machen, um an die Wurzeln der Arbeitslosigkeit heranzugehen?*

Die eigentlichen Wurzeln sind ja weder auf Münster noch auf das Land oder den Bund beschränkt. Das kann aber nicht bedeuten, hilflos mit den Schultern zu zucken und auf Besserung zu warten. Ich sehe kommunale Möglichkeiten, auf die der örtliche Arbeitsmarkt auch reagieren wird.

AIM ist dafür ein wichtiges Instrument, als Gegenstück dazu auch eine effektive Wirtschaftsförderung. Die erst macht den Übergang in den ersten Arbeitsmarkt möglich. Ein Großteil der Arbeitsmarktpolitik läuft ohnehin hinter den Kulissen, ob das Kontakte zu Betriebsräten sind, damit man frühzeitig auf Entwicklungen reagieren kann, oder Aktivitäten, um einen Betrieb zum Hierbleiben zu bewegen.

Die „weichen“ Standortfaktoren wie Kultur spielen eine besondere Rolle für die Ansiedlung von Dienstleistungsunternehmen. Münster ist ja auch schön, und für qualifiziertes Personal bieten die Hochschulen die Grundlage. Die Industrie zieht wegen der fehlenden Facharbeiter eher in das Ruhrgebiet.

*Kommunale Arbeitsmarktpolitik kostet Geld. Wenn sich hier verstärkt engagiert werden soll: Wo werden Finanzen im Haushalt abgezackt?*

Zum einen erhoffen wir uns natürlich, daß sich die Maßnahmen zumindest in Teilen selbst finanzieren. Wer wieder in Arbeit und Lohn kommt, braucht keine Sozialhilfe mehr. Die erforderlichen Gelder dafür werden wir auch in zukünftigen Haushalten aufbringen. Im übrigen finanzieren wir das über eine sparsame und solide Haushaltsführung aller Verwaltungsbereiche. Besonders wichtig ist



*Der MÜNSTER-PASS soll Bürgerinnen und Bürger mit geringem Einkommen finanzielle Erleichterungen verschaffen. ... Auf der Grundlage dieser Ergebnisse wird der Rat über die Einführung beschließen, voraussichtlich vor der Sommerpause.*

der Abbau von Schulden. Wir können um so mehr für die Bürgerinnen und Bürger, für die Stadt Münster tun, je weniger Geld wir für den Schuldendienst an die Banken zahlen müssen. Gerade hier haben wir auch in puncto Arbeitsplatzabbau noch einiges zu erwarten.

*Kommt der MÜNSTER-PASS zu einem festen Termin in trockene Tücher?*

Der Haupt- und Finanzausschuß hat im Mai vergangenen Jahres eine Verwaltungsvorlage beraten und sich dafür ausgesprochen, daß der Rat die Entscheidung trifft. Der MÜNSTER-PASS soll Bürgerinnen und Bürger mit geringem Einkommen finanzielle Erleichterungen verschaffen. Das ist natürlich eine gute Sache, könnte aber mit erheblichen finanziellen Konsequenzen zu Lasten der Stadt verbunden sein, wie das in anderen Städten mit Ermäßigungsausweisen der Fall ist. Deshalb ist das keine bloße Sach-, sondern eine politische Entscheidung. Die Stadt Münster und die Stadtwerke als Träger des öffentlichen Nahverkehrs diskutieren noch verschiedene Szenarien zu Finanzierung und Finanzierbarkeit. Auf der Grundlage dieser Ergebnisse wird der Rat über die Einführung beschließen, voraussichtlich vor der Sommerpause.

*Für wen wird der Ausweis voraussichtlich was bringen?*

Verschiedene städtische Einrichtungen bieten jetzt schon Ermäßigungen für Geringverdienende an, zum Beispiel das Stadttheater und die Volkshochschule.

Das gleiche gilt für diverse private Kultur- und Weiterbildungsinstitutionen. Dafür muß der MÜNSTER-PASS nicht neu eingeführt werden, höchstens ein einheitlicher Berechtigungsausweis. Der MÜNSTER-PASS soll aber darüber hinaus neue Ermäßigungen eröffnen, im wesentlichen geht es um das Busticket. Daher sind die Stadtwerke unsere Hauptansprechpartner. Das eindeutige Abgrenzungskriterium der Verwaltungsvorlage für den berechtigten Personenkreis umfaßt Sozialhilfebeziehende, die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt bekommen, und EmpfängerInnen von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Auf dieser Basis werden die möglichen Kosten sondiert. Ob es bei diesen Zielgruppen bleibt, hängt vom Ratsbeschuß ab – und von den Erfahrungen in der Praxis, wenn der MÜNSTER-PASS eingeführt ist.

*Wir danken für das Gespräch mit Ihnen, Frau Oberbürgermeisterin Tiens.*

\*AIM = Arbeitsmarkt-Initiative Münster. Seit Sommer 1995 bündelt die AIM-Leitstelle bei der städtischen Wirtschaftsförderung Instrumente der kommunalen Arbeitsmarktförderung. Sie verfügt über eigene Mittel, um über Beschäftigung und Qualifizierung Weichen für die (Re-)Integration in den regulären Arbeitsmarkt zu stellen.

\*\*„Maatwerk“, eine professionelle Vermittlungsorganisation aus den Niederlanden, hat ein spezifisches Instrumentarium entwickelt, um schwer vermittelbare Langzeitarbeitslose, in der Regel Sozialhilfeempfänger, in den regulären Arbeitsmarkt wieder einzugliedern. Für Städte und Gemeinden realisiert die Firma komplette Vermittlungsprojekte, bietet aber auch „nur Beratung“.

## TELE-VISIONEN. TEIL I

## Medien stricken blindlings an Legenden mit

Vorbilder für Arbeits- und Wirtschaftsreformen werden zu gerne bei unseren Nachbarn gesucht, Motto: Was gefällt, übernehmen wir. Nachteil dieser ausgewählten (Schein)Heiligenverehrung: Wer nur Parolen nachhört, ohne sich kundig machen, stürzt bald selbst mit dem Goldenen Kalb vom Sockel ...

## Britische Jobwunder-Legende

Die Zuschauer in der „ersten Reihe“ waren am 27. April Zeugen einer Scharlautanterie ersten Grades. ARD-„Weltspiegel“-Moderator Winfried Scharlau, silberfuchsiges Repräsentant der stolzeschwellten Glaubwürdigkeitsbrust der Öffentlich-Rechtlichen, führte die nur halb so hohe Arbeitslosenquote Großbritanniens als Vorbild an.

Schadel – hätte er nur die *Süddeutsche Zeitung* vom 15. des Monats gelesen:

Die Arbeitslosigkeit ist in Großbritannien doppelt so hoch wie in der amtlichen Arbeitslosenstatistik ausgewiesen. Zu diesem Schluß gelangt größte britische Geschäftsbank, HSBC, in ihrem Gutachten. Wenn man vergleichbare Erfassungskriterien zugrunde legt, dürfte die Arbeitslosenquote in Großbritannien auf 14 Prozent steigen – und damit die der Bundesrepublik übertreffen.

## WDR fragt nach: Sozialhilfe rauf!

Das bessere Beispiel für verantwortliche Mitwirkung der Medien: Das Meinungsforschungsinstitut FORSA hat für den WDR die BundesbürgerInnen zur Höhe der Sozialhilfe befragt. Das Anti-Stammisch-Ergebnis: Eine deutliche Anhebung der Sozialhilfesätze finden die meisten Deutschen überfällig.

Auf die Frage „Wieviel Geld sollte Ihrer Meinung nach einem Sozialhilfeempfänger neben der Miete zur Verfügung stehen?“ gab es eindeutige Antworten: 1000,- Mark sagten 40 Prozent der Befragten, 37 Prozent hielten immerhin noch 750,- Mark für angemessen. In krassm Gegensatz dazu die tatsächliche Höhe der Sozialhilfe – und dies auch nur für den Haushaltsvorstand: 531,- Mark. Bleibt nur die Erkenntnis: Die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung möchte mehr Geld für Sozialhilfeempfänger. *noa/nodi*



Foto: Reser

MÜNSTER-PASS im Blick: C. Cramer, M. Hamers

## Preußen Münster erkennt den MÜNSTER-PASS an

Noch hat der Ermäßigungsausweis für Geringverdienende – MÜNSTER-PASS – nicht den offiziellen Segen der Stadt. Sie und einige Institutionen dämmern weiter im Schlaf der (un)entschiedenen Hinhaltung. Der VORLÄUFIGE MÜNSTER-PASS, herausgegeben von Arbeitsloseninitiativen, wird zunehmend beliebter. Nach über 10 Jahren Anlaß zur Nachfrage im Kreis derer, die den Ausweis für vergünstigte Angebote akzeptieren. Den Anfang macht SC Preußen Münster 06, dessen Marketing-Leiter Carsten Cramer zum Kurzinterview ins Clubhaus der münsterischen Kickerstars lud.

Rund 30 Einrichtungen hauptsächlich aus den Bereichen Bildung und Freizeit gewähren bisher den Inhaberinnen und Inhabern des MÜNSTER-PASSES Ermäßigungen. Welche Rolle kann ein Verein wie Preussen Münster dabei spielen?

**Cramer:** Preussen Münster lebt durch die Bevölkerung. Wir verstehen es als Selbstverständlichkeit, Geringverdienenden wie z. B. Rentnern, Studenten, Schwerbehinderten, Sozialhilfebeziehern und natürlich auch Arbeitslosen Ermäßigungen zu bieten. Wir erkennen den MÜNSTER-PASS an.

Wie sah das bisherige Engagement aus?

**Cramer:** Auch bisher wurde Arbeitslosen Ermäßigung unter Vorlage der Einkommensnachweise gewährt. Jetzt reicht der MÜNSTER-PASS. Unsere Ermäßigungen sehen so aus: Statt 11,- DM für die reguläre Stehplatzkarte zahlen Rentner, Studenten, Arbeitslose, Zivildienstleistende usw. nur 7,- DM. Der ermäßigte Mitgliedsbeitrag beträgt 130,- DM im Jahr gegenüber 200,- DM regulär.

Was kann weiter im Rahmen des MÜNSTER-PASSES geboten werden?

**Cramer:** Außer den genannten Ermäßigungen denken wir an ein einmaliges Schnupperangebot mit kostenlosem Eintritt für ein Meisterschaftsspiel. Wir bieten auch Ermäßigung für Fanartikel, die in unserem Vereinshaus erhältlich sind. Will Preussen Münster eine Vorreiterrolle für den MÜNSTER-PASS und in bezug auf soziales Engagement einnehmen?

**Cramer:** Wir engagieren uns ganz bewußt im sozialen Bereich. Diese Arbeit an der sozialen Basis ist uns ausgesprochen wichtig. Wir halten daher Patenschaften und Beziehungen zu den verschiedensten Einrichtungen, zum Beispiel Westfalenfließ, das Kinderhaus in Kinderhaus, Behindertenschulen etc., zu denen mittlerweile auch unsere Spieler intensiven Kontakt aufgebaut haben. Es ist allerdings nicht unsere Art, dies lediglich für PR-Zwecke zu mißbrauchen. Entscheidend ist, daß diesen Einrichtungen geholfen und mehr Akzeptanz in der Öffentlichkeit verschafft wird. Hierzu können und wollen wir einen Beitrag leisten.

Herr Cramer, wir danken Ihnen für das Gespräch

Maria Hamers

## TELE-VISIONEN. TEIL II: Was Hänschen nicht lernt ...

## Kinder-Nachrichten von Kleingeistern

„Logo“ denkt man sich, ganz im Sinne der ZDF-Nachrichten für die Kleinen, wenn dort die Altersrente und ihre Probleme aufgedrösel werden: Die Bevölkerung wird immer älter, das bedeutet mehr und länger Rentenberechtigte. Andererseits immer weniger Einzahlende, die auch noch kürzer im Berufsleben stehen. Doch zuvor wird der Nachwuchs, wie seine Vorgänger, „einen Beruf erlernen, den Ihr später ausübt“. Hier mangelt es gleich mehrfach an der reklamierten

Logik. Von der Misere um fehlende Ausbildungsplätze mal ganz abgesehen: kein Wort über die Arbeitslosigkeit von real 6 Millionen Menschen bei uns.

Wie anschaulich ließe sich der schon sprichwörtliche Faktor 10 für die der Rentenkasse fehlenden Versicherungsbeiträge vorrechnen: Je 1 Million = 10 hoch 6 Arbeitslose ergeben, basierend auf dem Beitragssatz von 20 Prozent bei einem Jahreseinkommen von 50 000 = 5 mal 10 hoch 4 DM, also 10 hoch 4 DM Renten-

beitrag jährlich, ein Einnahme-Minus von 10 hoch 6 mal 10 hoch 4 = 10 hoch 10, sprich 10 Milliarden Mark. Übersehen?

Dort, wo sonst über Menschenrechte und kriegerische Konflikte breit lamentiert wird, ein schwarzes Loch: Die erhellenden Informationen wollen partout nicht 'raus. Sie könnten schließlich heimische Probleme aufdecken – und damit die Entwicklung unserer mündigen Sprößlinge beeinträchtigen. Und das wollen wir nicht – logo. *nodi*

# In bester Verfassung?



Fotos (4): Nothnagel  
Unter den Trümmern des  
Sozialstaates ...

Seit dem 1. April ist das Arbeitsförderungsreformgesetz (AFRG) in Kraft. Dies ist leider kein Aprilscherz. *Rien ne va plus?* – Mitnichten. Denn Sie können sich gegen die Beschneidung Ihrer Rechte immer noch zur Wehr setzen.

Bei einzelnen Aspekten des AFRG bestehen berechtigte Bedenken auf Verfassungswidrigkeit.

## Das Arbeitsförderungsreformgesetz verstößt gegen das Grundgesetz

Die neuen Zumutbarkeitsregelungen, die Anrechnung von Abfindungen, Eingliederungsverträge und die untertarifliche Förderung von ABM und Strukturanpassungsmaßnahmen stehen im Widerspruch zu etlichen Artikeln (Art.) des Grundgesetzes (GG): zur Freiheit der Berufswahl, zum Verbot der Zwangsarbeit, zur Freizügigkeit, zum Gleichheitsgrundsatz, zur Eigentumsgarantie, zur Systemtreue, zur Tarifautonomie und, last but not least, zum Sozialstaatsprinzip und zur Würde des Menschen.

Bei einem Verfassungsverstoß kann das Bundesverfassungsgericht (BVerfG), ein Gesetz für nichtig erklären, vorausgesetzt jemand legt *Verfassungsbeschwerde* ein oder es liegt ein Antrag auf *Normenkontrolle* vor.

Mit anderen Worten: Es kommt auf Ihre Initiative an. Gegen das Gesetz können Sie sich wenden, wenn mindestens eine der neuen Regelungen Sie in einer bestimmten Sache persönlich betrifft.

### I. ZUMUTBARE BESCHÄFTIGUNGEN

Schon im alten AFG galt: Lehnte ein Arbeitsloser eine ihm vom Arbeitsamt angebotene zumutbare Stelle ab, entfiel sein Anspruch auf Arbeitslosengeld.

Was genau zumutbar war, beurteilte sich nach einer detaillierten Zumutbarkeitsanordnung, die viele verschiedene Kriterien wie Alter, Geschlecht, Leistungsvermögen und besonders die berufliche Qualifikation des Arbeitslosen berücksichtigte.

Außerdem war die Zeit der Arbeitslosigkeit in verschiedene Phasen unterteilt: Je länger die Arbeitslosigkeit andauerte, desto eher waren dem Arbeitslosen auch Beschäftigungen zumutbar, die nicht seiner Qualifikation entsprachen bzw. darunter lagen. In der ersten Phase waren ihm nur Stellen zuzumuten, die in etwa seiner beruflichen Ausbildung entsprachen. Es gab also einen Berufsschutz.

#### Art. 12 GG: Berufsfreiheit und Verbot der Zwangsarbeit

Nach der Neuregelung besteht der Anspruch auf das Arbeitslosengeld nur weiter, wenn die abgelehnte Stelle unzumutbar ist. Der Maßstab für diese Beurteilung ergibt sich heute aus § 103 b AFG (neu) bzw. § 121 SGB III und orientiert sich nur noch an dem ursprünglichen Einkommen und an der Dauer etwaiger Pendelzeiten (siehe SPERRE 1/97). Die Zumutbarkeitsanordnung selbst wurde ersatzlos aufgehoben.

Diese Neuregelung verstößt gegen die Berufsfreiheit aus Art. 12 GG. Denn sie bedeutet, daß es ab nun völlig egal ist, welchen Beruf Sie gelernt haben. Hauptsache, Sie verdienen noch „genug“ Geld mit der Stelle und sie liegt nicht zu weit weg von Ihrem Wohnort.

Nach Art. 12 GG haben „alle Deutschen das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden“.

Die Aussicht, bei Ablehnung einer Stelle den Anspruch auf Arbeitslosengeld zu verlieren, übt dagegen einen indirekten Zwang zur Arbeitsaufnahme aus.

Selbst wenn man sich auf den Standpunkt stellen wollte, daß das Angebot zumutbarer Arbeit gar kein Zwang sein kann (schließlich haben Sie die Freiheit, „nein“ zu sagen – auch wenn Sie dann kein Geld mehr bekommen), verstößt die extreme Einschränkung gegen Ihr Grundrecht.

In einer frühen Entscheidung wies das BVerfG auf „die besondere Bedeutung des Berufs für Würde und Persönlichkeitsentfaltung des Menschen“ hin.

Bei der Zumutbarkeit muß deshalb auf den erlernten Beruf Rücksicht genommen werden, wenigstens in der Anfangsphase!

Daß dieses wichtige Kriterium unter den Tisch fällt, kann die Regierung auch nicht damit rechtfertigen, dies sei zur Verhinderung von Mißbräuchen erforderlich.

Zum AFRG siehe auch: SPERRE 4/96 + 1/97. Beide noch vorrätig.

Sie begründet die Änderung u. a. mit dem Argument, die meisten Arbeitnehmer orientierten sich bei einem Berufswechsel sowieso eher am Einkommen als an ihrem Berufsabschluß.

Wenn dem so wäre, würden allerdings die meisten Arbeitslosen auf den Berufsschutz verzichten und freiwillig so ziemlich jede Stelle als für sie zumutbar annehmen, wenn nur „die Kohlestimm“.

Dann gäbe es aber keine Notwendigkeit, die alte Regelung abzuschaffen, die dann sowieso nur für die wenigen Menschen wichtig wäre, denen ihr Beruf mehr als das bloße Einkommen bedeutet.

Mit diesem fadenscheinigen Argument verrät die Bundesregierung sehr deutlich, was sie in Wahrheit mit der Neuregelung bezweckt: nämlich genau den von Art. 12 GG verbotenen Arbeitszwang.

Dahinter steht die unausgesprochene Unterstellung, der Arbeitslose wolle ja gar nicht arbeiten.

Auch die derzeitige Arbeitsmarktsituation reicht zur Rechtfertigung nicht aus, da die Neuregelung nicht geeignet ist, eine Entspannung herbeizuführen.

Die Bundesregierung scheint davon auszugehen, daß massenhaft Arbeitsplätze existieren, die eine geringe Qualifikation voraussetzen und daher vom Heer der Arbeitslosen verschmäht werden.

Das Gegenteil ist der Fall: Die Zahl der gering qualifizierten Arbeitsplätze schwindet nach übereinstimmenden Prognosen in absehbarer Zeit um 3 Millionen.

Es findet ein Verdrängungswettbewerb statt, der die gering qualifizierten Arbeitnehmer in die Perspektivlosigkeit schubst.

Dann sind sie diejenigen, die nun anstelle der besser Qualifizierten Leistungen beanspruchen können.

Untersuchungen haben gezeigt, daß über 80 % der Langzeitarbeitslosen sich mit weniger qualifizierten Tätigkeiten begnügen würden.

#### Art. 11 GG: Freizügigkeit

Der indirekte Zwang zur Aufnahme einer Tätigkeit kann die Freizügigkeit des Arbeitslosen beeinträchtigen.

Freizügigkeit bedeutet, daß jeder Bürger seinen Wohnsitz im gesamten Bundesgebiet frei wählen kann. Dies umfaßt das Recht, an einem bestimmten Wohnort bleiben zu dürfen – sogenannte negative Freizügigkeit.

Sie ist dann berührt, wenn ein Arbeitsloser wegen Annahme der ihm aufgezwungenen Stelle umziehen muß, z. B. weil er die von seinem Sachbearbeiter für

zumutbar gehaltenen Pendelzeiten von drei Stunden täglich und die damit verbundenen organisatorischen Schwierigkeiten nicht bewältigen kann. Er wäre somit indirekt zum Umzug gezwungen.

Problematisch ist, daß nach Meinung der Gerichte „ein indirekter Zwang erst dann einen Eingriff in Art. 11 GG darstellt, wenn er quasi ein Gebot zum Umziehen beinhaltet“.

Ob das so ist, ist natürlich reine Ansichtssache und abhängig vom Einzelfall.

#### Art. 3,1 GG: Gleichheit aller Menschen

Nach Art. 3 Abs. 1 GG sind alle Menschen gleich. Einerseits bedeutet dies, daß einzelne Personen einer vergleichbaren Gruppe gegenüber anderen Personen dieser Gruppe nicht ohne weiteres ungleich behandelt werden dürfen.

Es bedeutet aber genauso, daß ganz verschiedene Menschen bzw. Menschen in unterschiedlichen Lebenssituationen nicht einfach gleich behandelt werden dürfen. Sind Unterschiede da, müssen sie auch berücksichtigt werden.

Das geschieht aber in der Regelung bezüglich der zumutbaren Pendelzeiten gerade nicht, da es z. B. keine Rolle spielen soll, wenn jemand Kinder zu versorgen hat. Da dies in der Regel allein die Frauen sind, liegt darin eine indirekte Diskriminierung. Ein rechtfertigender Grund dafür ist nicht ersichtlich.

#### Art. 14 GG: Eigentumsgarantie

Diese Vorschrift schützt grundsätzlich Ihr Eigentum. Der Staat darf dies nur unter ganz strengen Voraussetzungen und in der Regel nur gegen eine Entschädigung entziehen.

Soweit zur Theorie.

Sang- und klanglos hat der Gesetzgeber Sie nämlich mit der Neuregelung der Zumutbarkeit von Beschäftigungen (teilweise) enteignet.

Das BVerfG sagt, daß „Arbeitslosengeld und Anwartschaften aus der Arbeitslosenversicherung Eigentum im Sinne des Art. 14 GG“ sind.

Unter Anwartschaften aus der Arbeitslosenversicherung versteht man den durch Beiträge erworbenen Anspruch auf Arbeitslosengeld. Wenn Sie diesen mit eigenen Geldmitteln finanzierten Anspruch (teilweise) verlieren, weil Sie eine



... konnte doch tatsächlich ...

nach Ansicht Ihres Arbeitsamtes zumutbare Stelle nicht antreten, liegt darin ein Entzug Ihres Eigentums. Dahinter steht die Überlegung, daß die Betroffenen den Schutz für den Fall der Arbeitslosigkeit aus eigenen Mitteln erbracht und deshalb ein geschütztes Interesse daran haben, nicht jede x-beliebige Stelle annehmen zu müssen (Vertrauensschutz).

Mehrere BVerfG-Urteile haben sich bereits mit der Kürzung oder dem Entfallen des Arbeitslosengeldes befaßt (z. B. bei Verletzung der Meldepflicht) und kamen zu dem Ergebnis, daß „selbst ein vorübergehender Ausschuß eines Anspruchs unzumutbar“ ist.

#### II. ANRECHNUNG VON ABFINDUNGEN

Nach § 115 a AFG (neu) bzw. § 140 SGB III werden Abfindungen, die Arbeitslose wegen ihrer Entlassung erhalten haben, abzüglich eines Freibetrages in Höhe von 25–45 % (je nach Alter), solange auf die Hälfte des Arbeitslosengeldes angerechnet, bis sie restlos verbraucht sind.

Ein Beispiel: Der 32-jährige Arbeitnehmer A wird betriebsbedingt entlassen und erhält eine Abfindung in Höhe von 20.000,- DM. Sein Freibetrag liegt bei 5.000,- DM (25 %). Nehmen wir an, sein Arbeitslosengeld beträgt 1.700,- DM. Nun wird die Abfindung minus des Freibetrages, also 15.000,- DM auf die Hälfte des Arbeitslosengeldes angerechnet. A bekommt deshalb nur noch 850,- DM, und zwar so lange, bis die 15.000,- DM aufgebraucht sind, also etwa 17 Monate.

## Art. 14,1 GG: Eigentumsgarantie

Hier wird das Eigentum der Betroffenen gleich zweimal verletzt. Zum einen wird ihnen das Arbeitslosengeld nur zum Teil ausbezahlt, und zum anderen müssen sie auch noch ihre Abfindung, die ebenfalls zum Eigentum im Sinne des Art. 14 GG zählt, zum Ausgleich für diesen Entzug verwenden. So wird der Arbeitslose zum Schlachtvieh und das Sozialstaatsprinzip pervertiert.

Denn die sozial Schwächsten müssen das größte Opfer erbringen. Wer nach dem Verlust seines Arbeitsplatzes sofort eine neue Stelle findet oder aus Altersgründen aus dem Berufsleben ausscheidet und somit weniger schutzbedürftig ist, darf die Abfindung in voller Höhe behalten.

Dies ist auch ein Verstoß gegen Art. 3 GG. Es darf nicht vom Zufall abhängen, ob jemand seine Abfindung behalten darf oder verbrauchen muß.

## Art. 3,1 GG: Gleichheit aller Menschen

Im Hinblick auf die Anrechnung sind Arbeitslose nicht gleich Arbeitslose.

Diejenigen, die eine Abfindung bekommen haben, stehen gegenüber anderen Arbeitslosen, die zwar keine Abfindung erhielten, jedoch über anderes Vermögen verfügen, schlechter da.

Eine solche Ungleichbehandlung verstößt nicht nur gegen Art. 3 Abs. 1 GG, sondern ist außerdem systemwidrig.

Im gesetzlichen System der Lohnersatzleistung fand eine Anrechnung von Vermögen wie Sparguthaben, Mieteinnahmen etc. bisher nur statt, wenn der Arbeitslose bedürftig war. So wird es z. B. bei der Arbeitslosenhilfe gehandhabt. Damit eine Anrechnung der Abfindung überhaupt zulässig wäre, müßte der Gesetzgeber das System der Leistungen ändern und aus dem Arbeitslosengeld ebenfalls eine „Leistung nach Bedürftigkeit“ machen.

Selbst dann wäre die jetzige Regelung noch gesetzwidrig. Konsequenterweise dürften dann nicht einzig die Abfindungen, sondern auch andere Einkommensarten angerechnet werden.

## Grundsatz der Systemtreue

Während die Regelung zur Anrechnung der Abfindung neu in das Gesetz aufgenommen wurde, wurde im gleichen Atemzug § 128 AFG (alt) abgeschafft.

Diese Vorschrift verpflichtete den Arbeitgeber dazu, der Bundesanstalt für Arbeit Arbeitslosengeld zu erstatten, wenn er ältere Arbeitnehmer mit langer Betriebszugehörigkeit entließ.

Diese Vorschrift hielt das BVerfG für verfassungsmäßig. Daß die Bundesregierung diese völlig korrekte Einnahmequelle aufgibt, ist nicht nur unverständlich, sondern auch system- und verfassungswidrig.

Diese Vorschrift ergibt nur dann einen Sinn, wenn die Regierung statt der solventeren Arbeitgeber lieber arbeitslose Abfindungsempfänger belasten will.

Der Gesetzgeber hat so Abfindungen ins Absurde geführt, da diese ihr Ziel, die sozial Schwächeren zu schützen, praktisch nicht mehr erreichen können.

## III. EINGLIEDERUNGS- VERTRAG

Eingliederungsverträge nach §§ 227 f SGB III sollen Arbeitgebern mit finanziellen Anreizen bei fast völliger Entrechtung der Arbeitnehmer die Hemmungen nehmen, Langzeitarbeitslose einzustellen.

## Art. 12,2 GG: Verbot der Zwangsarbeit

Lehnt oder bricht der Arbeitslose die Eingliederungsmaßnahme ab, droht gemäß § 144 SGB III eine Sperrzeit von zwölf Wochen.

Diese Sperrzeitandrohung führt zu einem indirekten Zwang, die Maßnahme anzunehmen bzw. fortzuführen.

Dies ist ebenfalls ein Verstoß gegen Art. 12 GG.

Der Eingliederungsvertrag ist nicht einmal notwendig, können doch die Arbeitgeber Langzeitarbeitslose genauso gut kostenlos im Rahmen eines Praktikums kennenlernen.

## Art. 9,3 GG: Tarifautonomie (Koalitionsfreiheit)

Betroffen ist noch ein weiteres Grundrecht, nämlich die Tarifautonomie, die in Art. 9 Abs. 3 GG verankert ist.

Das BVerfG hat in einer seiner Entscheidungen festgehalten, daß „zu der von Art. 9 Abs. 3 GG garantierten Tarifautonomie unbedingt die Verhandlungsfähigkeit der beiden sozialen Gegenspieler (Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände)“ gehört.

Dies bedeutet, daß beide in der Lage sein müssen, Druck auf ihren Gegner ausüben zu können.

... noch das eine oder andere Grundrecht geborgen werden. ...

Das können die Gewerkschaften aber gerade nicht, wenn der Gesetzgeber Tarifvereinbarungen zur Makulatur macht, indem er die Arbeitgeber bei untertariflicher Bezahlung der Arbeitnehmer mit erhöhten (!) *Eingliederungszuschüssen* belohnt, so wie er dies im Rahmen des Eingliederungsvertrages macht.

#### IV. „LOHNDRÜCKEREI“

Eine besonders konsequente Anwendung der Regel: Je schlechter die Ausgangsposition des Betroffenen, desto ungeschützter seine Rechte, enthält § 94 AFG (neu) bzw. § 263 SGB III.

Danach wird eine Förderung von ABM nur noch dann gewährt, wenn der vereinbarte Arbeitslohn mindestens 20% (bis 1.4.97 10%) unter dem eigentlich für die bestimmte Tätigkeit üblichen (Tarif-) Lohn liegt.

Dieses Prinzip ist nach § 273 SGB III nun bundeseinheitlich auch auf Struktur- anpassungsmaßnahmen (die ehemaligen Lohnkostenzuschüsse) ausgedehnt worden.

Die Arbeitgeber werden so gleich doppelt zur Lohnrückerei aufgefordert, denn

1. können sie einen Zuschuß nur dann beantragen, wenn der mit dem zukünftigen Arbeitnehmer vereinbarte Lohn 20% unter dem üblichen liegt, und

2. würden sie sogar bestraft, wenn sie mehr, z. B. den üblichen Tariflohn zahlen, denn sie müßten das Mehr an Lohn nicht nur aus eigener Tasche berappen, sondern würden diesen Mehrbetrag noch vom Zuschuß abgezogen bekommen.

Und das, obwohl die Bundesanstalt für Arbeit (BfA) durch den vom Arbeitgeber freiwillig gezahlten Mehrbetrag nicht im mindesten zusätzlich belastet würde.

Eine Kürzung ist nicht erforderlich, um das gesetzgeberische Ziel, die Belastungen der BfA zu verringern, zu erreichen, und deshalb verfassungswidrig.

Der Gesetzgeber greift auch hier in die Tarifautonomie ein, da er eine bestimmte Lohngrenze festlegt, indem er sogenannte Lohnleitlinien setzt und damit verhindert, daß die Gewerkschaften mit den Arbeitgebern für diese Fälle selbst Löhne vereinbaren können.

Selbst wenn sie für diese Gruppe von Arbeitnehmern Tariflöhne durchboxen könnten, würden diese dann aus den Fördermaßnahmen herausfallen.

Damit graben sie sich dann selbst das Wasser ab.

Von der Möglichkeit, Druck ausüben zu können, kann hier keine Rede mehr sein.

#### V. STAAT OHNE SOZIALE VERANTWORTUNG

##### Art. 1,1 GG: Menschenwürde

Eine solche Gesetzgebung tritt die Würde der Arbeitslosen, die gemäß Art. 1 Abs. 1 unserer Verfassung eigentlich unantastbar sein sollte, mit Füßen. Voller Mißtrauen werden die Arbeitslosen beäugt und *per se* als potentielle Schädiger der Versichertengemeinschaft eingestuft. Schon der Sprachgebrauch zeigt, woran Lösungsansätze kranken. Gern ist die Rede von „Besitzständen“, die die Arbeitslosen wohl oder übel aufgeben müßten. Diese „Besitzstände“ sind kein Luxus, sondern durch die Verfassung garantierte Rechte.

##### Art. 20,1 GG: Sozialstaatsprinzip

Das Sozialstaatsprinzip (Art. 20 GG) verpflichtet den Staat, soziale Gerechtigkeit und sozialen Ausgleich zugunsten der Schwächeren herbeizuführen, statt zugunsten der Arbeitgeber in den Arbeitsmarkt einzugreifen und hauptsächlich die Schwächeren zu belasten.

Er darf sich daher nicht aus der Verantwortung stehlen.

#### VI. VERFASSUNGSBESCHWERDE ODER NORMENKONTROLLE?

Wenn einer der genannten Fälle Sie betrifft und alles Einreden auf Ihren Sachbearbeiter nicht hilft, können Sie gegen Bescheide Widerspruch einlegen und, falls das nichts hilft, vor dem Sozialgericht klagen.

Sie können damit auf indirektem Wege erreichen, daß die Verfassungswidrigkeit eines Gesetzes oder auch nur einer bestimmten Regelung überprüft wird.

Ein Beispiel: Der Arbeitslose A klagt vor dem Sozialgericht auf Zahlung von Arbeitslosengeld, das ihm gestrichen worden ist, weil er eine nach Ansicht des Arbeitsamtes zumutbare Stelle nicht angenommen hat. Das Sozialgericht kann die Klage nur entscheiden, wenn es glaubt, daß die Zumutbarkeitsregelung in Ordnung ist.

Sollte das der Fall sein, wird Ihre Klage abgewiesen, und Ihnen bleibt die Möglichkeit, das nächsthöhere Gericht anzufragen.

Dies ist das Landessozialgericht. Weist dieses Ihre Klage ebenfalls ab, müssen Sie noch weiter, nämlich zum Bundessozialgericht.

Erst wenn auch dieses Ihre Klage abweist, dürfen Sie das Bundesverfassungsgericht anrufen und eine *Verfassungsbeschwerde* erheben.

Sollte das Sozialgericht jedoch davon überzeugt sein, daß die Zumutbarkeitsregelung verfassungswidrig ist, muß es das Verfahren „aussetzen“, also unterbrechen, und selbst die Sache dem Bundesverfassungsgericht vorlegen. Dazu wird es nach Ansicht des Deutschen Arbeitsgerichtsverbandes auf jeden Fall bei Entscheidungen über die Anrechnung von Abfindungen kommen. Die Gerichte dürfen und werden hier also nicht untätig bleiben.

Das Bundesverfassungsgericht überprüft das Gesetz bzw. die Vorschrift dann auf Vereinbarkeit mit dem Grundgesetz. Erst wenn dieses eine Entscheidung dazu getroffen hat, kann Ihr Prozeß weitergehen. Der Weg ist kompliziert. Die Verfahren dauern oft viele Jahre.

Eine andere Möglichkeit gibt es für Normalsterbliche nicht. Sollten Sie es dennoch versuchen wollen, wenden Sie sich an eine Arbeitslosenberatung. Fragen Sie, ob Sie Prozeßkostenhilfe bekommen können und ob bzw. wann Sie einen Anwalt brauchen.

Eine letzte, schwache Hoffnung gibt es noch: die *abstrakte Normenkontrolle*.

Damit kann ganz allgemein, also sogar ohne einen konkreten Anlaß (deshalb auch „abstrakt“), die Überprüfung eines Gesetzes auf Verfassungswidrigkeit durch das Bundesverfassungsgericht beantragt werden. Einen Antrag auf Normenkontrolle können nur die Bundesregierung (*haha*), eine Landesregierung oder ein Drittel der Mitglieder des Deutschen Bundestages stellen. Hier wäre Hilfe also letztlich nur von der Oppositionsfraktion zu erwarten. bes



Leider kam jede Hilfe zu spät. – Wen die Götter lieben, rufen sie früh zu sich. Die Beisetzung fand in aller Stille unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt.



**Was bisher geschah:**

Sam hat Lungentuberkulose. Jede Nacht beobachtet er aus dem Fenster seines Zimmers in der Kurklinik ein Licht auf dem Turm des Schlosses oben auf dem Berg. Der Professor und Klinikchef verbietet ihm, dort hinaufzugehen. Möchte er nicht, daß Sam etwas über den Grafen von Saumagen zu Oggersheim herausfindet, der dort lebt? Der Graf ist selbst Mediziner. Wegen eines Kunstfehlers geriet er als „geistesgestörter Gehirnhirurg“ in die Schlagzeilen. Der Professor, ein ehemaliger Assistent des Grafen, hat eine Mappe mit Zeitungsausschnitten über die alte Geschichte. Sam läßt seinen Charme spielen und überredet Krankenschwester Judy Garlic, ihm diese Mappe zu bringen. Von mysteriösen gentechnischen Forschungen des Grafen lesen sie darin. Und davon, daß während der Graf auf einem Ärztekongreß in Manchester mit seinen Thesen einen Tumult auslöste, Unbekannte auf dem dortigen Zentralfriedhof die Gräber von Unternehmerpersönlichkeiten aus dem 19. Jahrhundert austrabten. Noch bevor Sam mit dem Kombinieren beginnen kann, zwingen der Professor und der gute Wilmer, ein Syndikatskiller mit nervösem Zeigefinger, ihn und Judy mit Waffengewalt zu einer Spazierfahrt auf das Schloß des Grafen. Dort angekommen erwartet Sam eine Überraschung: Der Graf und sein an den Rollstuhl gefesselter Faktotum Wolf sind dem *Dicken Mann* und dessen rechter Hand wie aus dem Gesicht geschnitten. Der Graf fachsimpelt mit Judy über einen genialen Alchimisten aus dem 16. Jahrhundert: *Paracelsus*. Sam interessiert sich nicht für *Paracelsus'* Theorie „Über die Erzeugung der natürlichen Dinge“. Er widmet sich lieber dem *Amontillado* und denkt über eine Flucht aus dem mit Infrarotstrahlen gesicherten Schloß nach. Schließlich wendet sich der Graf an Sam:

„Wissen Sie was ein Homunculus ist, Mr. Sperre?“

**E**in *Homunculus*?», fragte ich.  
«...culus, Mr. Sperre, nicht ...colus. Mit u. – *Homunculus*.»  
Ich zuckte mit den Achseln.

«*Homunculus* heißt wörtlich übersetzt Menschlein», warf Judy ein.

«Richtig, Miss Garlic», sagte der Graf. «Die Alchimisten des Mittelalters waren überzeugt, daß sich ein Mensch auch auf künstlichem Wege herstellen lasse. Jeder von ihnen, von Albertus Magnus bis Paracelsus, hat nach dem Rezept dafür gesucht. Und wenn Sie mich fragen, Paracelsus ist diesem Ziel am nächsten gekommen.»

«Das ist doch Irrsinn, Graf», entfuhr es Judy.

«Irrsinn, Miss Garlic? War Goethe irrsinnig, als er den Mephisto im *Faust*



**Teil V**

einen *Homunculus* schaffen ließ?»

«Das ist doch reine Fiktion, Ausgeburt derschrankenlosen Phantasie eines Dichters.»

«Sind die Tagebuchaufzeichnungen des Dieners Jakob Kammerer aus dem Jahre 1775 etwa auch Fiktion? Hat er etwa nicht mit eigenen Augen gesehen, wie sein Herr, Johann-Ferdinand Graf von Kufstein nach dem Rezept des Paracelsus zehn *Homunculi* erzeugte?»

Judy wollte wieder dazwischengehen.  
«Laß ihn ausreden, Engelchen», raunte ich ihr zu.

Der Graf griff nach dem Büchlein des Paracelsus, das immer noch auf dem Tisch lag und blätterte hektisch darin herum. Endlich hatte er die Stelle gefunden:

«Hier, Miss Garlic, hier steht es doch. Schwarz auf Weiß.» Er drückte Judy das Buch in die Hand. «Lesen Sie es uns laut vor. Lesen Sie uns vor, wie man einen *Homunculus* zeugt.»

Judy zögerte. Ich rückte ihr zu, und sie begann: «*Es ist mit ein kleiner Zweifel, daß ein Mensch außerhalb des weiblichen Leibs und einer natürlichen Mutter geboren wer-*

*den könne. Nämlich daß das Spermia eines Mannes in einem verschlossenen Glaskolben auf vierzig Tage faule, oder so lang, bis es lebendig werde und sich bewege und rege. Nach dieser Zeit wird es einem Menschen einigermaßen gleich sehen, doch durchsichtig ohn' ein corpus. Wenn es nun nach diesem täglich im Geheimen mit menschlichem Blut gespeist und bis auf vierzig Wochen ernährt wird, und in steter gleicher Wärme erhalten, wird ein recht lebendig menschlich Kind daraus. Das selbige nennen wir ein Homunculum.»*

«Sehen Sie», triumphierte der Graf, «es ist möglich.»

«Graf, Sie haben eine Vollmeise», sagte ich und nippte an meinem Amontillado.

Der Graf warf mir einen haßerfüllten Blick zu. Er zog eine Baretta aus der rechten Tasche seines Jacketts, entsicherte sie und legte auf Judy an. Er streckte den linken Arm aus und hielt ihr seine geöffnete Handfläche hin. Judy legte das Buch hinein. Er machte eine Bewegung mit dem Kopf in Richtung des Bücherregals. Judy und ich gehorchten. Über Judys Schulter hinweg zog er einen Band aus der Bücherreihe, und das Regal drehte sich quer in den Raum.

«Zuerst Sie, Mr. Sperre», befahl er und zeigte mit dem Pistolenschaft die Wendeltreppe hinauf, die die Bücherwand verborgen hatte. Ich stieg die Stufen hinauf, dann Judy. Der Graf folgte ihr die Mündung der Baretta gegen ihre Wirbelsäule drückend. Am Ende der Treppe angekommen gewährte ich eine Klappe über meinem Kopf. Ich schlug sie auf Geheiß des Grafen zurück, und wir drei stiegen einer nach dem anderen in den Raum, der sich darüber befand. Der Raum lag im Halbdunkel. Er war kreisrund. Dies mußte das oberste Zimmer im Turm des Schlosses sein, auf dessen Spitze ich in mancher Nacht das geheimnisvolle Licht beobachtet hatte.

«Ich bin also irrsinnig. Ebenso irrsinnig, wie es Paracelsus war», sprach der Graf mit erregter Stimme. «Ich werde euch ein Wunder vorführen, das bisher nur wenigen Sterblichen vergönnt war mitzuerleben. Mir ist gelungen, wovon selbst Paracelsus nur zu träumen wagte. Ihr werdet es sehen, und ihr werdet begreifen. Ihr werdet erkennen, wie beschränkt euer Geist ist, wie erbärmlich euer Verstand und wie klein eure Vorstellungskraft. Ihr werdet verstehen, wie notwendig es ist, euer unbedeutendes Leben auszulöschen und durch etwas zu ersetzen, was euch zwar äußerlich gleicht, doch etwas gänzlich anderes ist. Dieses Neue, dieser Übermensch ist von all dem Ballast befreit, der mickrige Kreaturen wie euch daran hindert, die Möglichkeiten, die das menschliche Hirn uns bietet, voll auszu-

schöpfen. Moral, Ethik, Nächstenliebe, Solidarität, Menschlichkeit, Mitgefühl - welche Worte die *Dämonen der Schwäche* auch immer dafür gefunden haben mögen: hinfort damit. Macht die Augen auf, und seht!»

Er legte einen Lichtschalter um. Es flackerte zweimal weiß auf, dann war der Raum von gleißendem Neonlicht erhellt. Der Raum trug alle Anzeichen eines medizinischen Laboratoriums. Auf breiten Tischen standen Reagenzgläser, Becken und Wannan aus weißem Porzellan, Meßgläser, Erlenmeyerkolben, Mörser, Bunsenbrenner und alle möglichen Utensilien. Links stand ein großes, elektronisches Schaltpult mit diversen verschiedenfarbigen Knöpfen und Lichtern. Auf der anderen Seite standen siebzehn mannshohe leere Glaskolben aufgereiht. Ein achtzehnter war etwa einen halben Meter höher und fast einen ganzen Meter breiter als diese. In der Mitte des Raumes stand ein Operationstisch, an dessen vier Ecken jeweils eine Metallschiene bis zur Zimmerdecke hinaufreichte. Ich vermutete eine Hebevorrichtung und blickte hoch. Die Decke über uns bestand aus zwei Metallplatten, wie deutlich an dem schmalen Spalt zu erkennen war, dort, wo sie aufeinandertrafen. Auf dem Operationstisch lag das Skelett eines Menschen. Es war schon stark verfallen. Seine Knochen zeigten eine braune Färbung. Judy schrie leise auf. Nicht wegen des Knochengerüsts, wie ich zuerst glaubte. Denn jetzt hatte ich es auch gehört. An der gegenüberliegenden Seite des Raumes stand etwas, das mit einem weißen Laken zugedeckt war. Es war ein etwa 1,70 Meter hoher Zylinder. Er erinnerte an einen Papageienkäfig, den man verhängt hatte, um den Vogel zum Schweigen zu bringen. Unter dem Laken erklang jedoch ein Schnattern hervor, daß niemals das Krächzen eines derartigen Vogels sein konnte. Nein, dieses Geräusch glich eher dem trockenen Stakkato eines unablässig feuernden Maschinengewehrs. Und sonderbar, eines Maschinengewehrs, das zwar unverständliche, aber doch unverkennbar menschliche Laute ausstieß. Um den Zylinder herum standen drei Heizsonnen, deren Hitze das Tuch rötlich reflektierte.

Am meisten aber verwunderte mich ein Gegenstand, der so gar nicht hierher paßte. Ein Elektroherd. Er war eingeschaltet. Auf einer seiner Platten stand ein großer Topf, in dem kochendes Wasser brodelte. Darin dümpelte eine Art Puddingform, so weit ich das von meinem Standpunkt aus erkennen konnte. Die Uhr, die neben den Schaltknöpfen des Herdes angebracht war, tickte leise vor sich hin.

Judy machte einen Schritt auf den verhängten Zylinder zu. Der Graf packte sie am Arm: «Miss Garlic, ich kann Ihnen leider nicht gestatten, sich in meinem Laboratorium frei zu bewegen. Sie haben sich doch mit den Theorien des Paracelsus befaßt und wissen, wie er über das Weib urteilte.» Judy sah ihn nicht begreifend an.

«So wie sie nun mit ihrem Blick viel Ding vergiftet, so kann sie auch mit ihrem Atem und Anfassen viel Ding vergiften, verderben und kraftlos machen», lehrt uns der Meister. Ich möchte meine Experimente nicht gefährden.»

Er hielt ihr die Baretta an die Halsschlagader und führte sie an die in unserem Rücken liegende Wand. Dort hingen zwei Paar Handschellen, die mit Ketten an der Wand befestigt waren. Er befahl ihr, die Hände in das eine Paar zu legen und drückte die Schellen zu. Dann drehte er sich zu mir um. Ich blickte in das Mündungsloch seiner Baretta. Er grinste:

«Nun, Mr. Sperre. Sie haben doch bestimmt die eine oder andere Frage.»

«In der Tat, Graf.» Ich lächelte.

«Dann frei heraus damit. Sie sollen nicht unwissend sterben. Ich werde Ihnen jede Frage beantworten.»

«Graf, ich habe nur eine einzige Frage an Sie.»

«Warum zögern Sie? Sprechen Sie nur.»

«Haben Sie was zu Rauchen? Ich bin seit über sechs Wochen in der Klinik. Ich könnte sterben für eine Lucky.»

«Ist das alles, du lächerlicher Wicht? Von dem Menschen, der dem Geheimnis der Schöpfung auf die Spur gekommen ist, willst du nur wissen, ob er eine Zigarette für dich erübrigen kann?»

«Graf, Sie glauben doch nicht, daß ich auf Ihre Zirkusnummer hier hereinfalle. Sie sind wahnsinnig. Der eine hält sich für Napoleon, der andere für Cäsar, und Sie glauben, Sie seien Doktor Frankenstein. Unter dem Laken befindet sich wahrscheinlich nichts anderes als ein Tonbandgerät. Sehr effektiv. Ein Knochengerüst, ein bißchen elektronisches Brimborium, ein bißchen schwarze Magie, eine Geheimplatz aus einem dunklen Zeitalter. Ich bitte Sie, Graf. Das Leben ist keine Geisterbahn. Wenn Sie mich umlegen wollen, legen Sie mich um. Aber langweilen Sie mich nicht mit diesem Schmierentheater. Am Ende wollen Sie mir noch einreden, Sie hätten den *Dicken Mann* nach Ihrem Ebenbilde erschaffen. Und den *Rollstuhlfahrer* nach ihrem Faktotum Wolf.»

«Aber wenn es doch so ist. Der *Dicke Mann*, der *Rollstuhlfahrer*, das ganze Syndikat - Sie sind alle meine Geschöpfe. Ich habe sie erschaffen. Ich! Ich allein. Was glaubst du Narr, haben die großen achtzehn Glaskolben da vorne zu bedeuten?

Wen glaubst Du, habe ich in dem größten und umfangreichsten gezeugt? Sie alle sind *Homunculi*. Alle! Und ich habe sie genau so hinkommen, wie es meine Auftraggeber von mir verlangten.»

Jetzt hatte ich ihn soweit. Noch ein paar kleine Sticheleien, und er würde mir mehr erzählen, als er eigentlich wollte - wie es funktioniert, und wer dahinter steckt.

«Sie sind ein Irrer. Ebenso wenig wie mein Automechaniker meinen Packard je wieder zum Laufen bringt, haben Sie aus ein wenig Sperma, Wärme und Menschenblut den *Dicken Mann* und den Rest des Syndikats auf die Beine gestellt.»

«Du unwissender Wurm. Noch bevor die Sonne aufgeht, habe ich aus Deinem Blut, meinem Sperma und den revitalisierten Genen aus den Knochen des finstersten Manchesterkapitalisten einen *Homunculus* geschaffen, der aussieht wie Du, spricht wie Du, der geht und steht wie Du. Und doch: Dein exaktes Ebenbild wird nicht einen Funken Anstand in sich haben. Schon morgen wird Sam Sperre, der Detektiv der kleinen Leute, mit Wollust in den Unterhosen von Sozialhilfeempfängern herumschnüffeln, Fingerabdrücke von Ausländern nehmen und Asylbewerber jagen, die nebenbei schwarz arbeiten, weil sie von den Brosamen, die das Syndikat ihnen hinwirft, nicht leben können. Und niemand, niemand wird bemerken, daß nicht Du es bist. Dein Ebenbild vollzieht wie ein Marionette den Willen derer, die mir dieses Laboratorium finanziert haben.»

«Und wie wollen Sie mir das Blut abnehmen? Eher lasse ich mich erschießen. Tot werde ich Ihnen kaum etwas nützen.»

Er zückte seine Taschenuhr:

«Es müßte gleich so weit sein.»

«Was?», fragte ich.

«Sie machen den Fehler, mich zu unterschätzen, Mr. Sperre. Wie Sie vielleicht bemerkt haben, habe ich mein Glas Amontillado nicht angerührt. Mit guten Grund. Der Amontillado, dem Sie so eifrig zugesprochen haben, enthält nämlich K.-o.-Tropfen. Ihre Wirkung ist zwar nur von kurzer Dauer, aber mir bleibt Zeit genug, Sie an der Wand neben der bezaubernden Miss Garlic anzuketten.» Er blickte noch einmal auf die Uhr: «Gute Nacht!»

Seine Gestalt verschwamm vor meinen Augen. In meinen Schläfen spürte ich ein leichtes Pochen, das sich schnell in mächtige Hammerschläge verwandelte. Im Geiste zählte ich mit. Beim neunten Schlag sah ich das Gesicht meiner Sekretärin Holly vor mir. Sie lächelte mir zu. Oh, diese kobaltblauen Augen! Ich versuchte, ihren Namen zu sprechen. Doch meine Zunge gehorchte mir nicht mehr.

Dann war alles schwarz. uui

Fortsetzung folgt.

Politik mit Eingriff: Sozialhilfeberechtigten geht's an die Wäsche

# Br Bremsspuren in der Menschenwürde



Meisterdetektiv Sherlock Seehofer zündete seine Shag-Pfeife an. Er schloß die Augen. Seine kleinen grauen Zellen arbeiteten auf Hochtouren. Schließlich umspielte ein Lächeln seine Lippen: „Watson, wie lautet unser Auftrag?“ Nobbi Watson putzte seine Brille blitzblank, blätterte im Notizbuch und las vor: „250 Millionen aus den Ärmsten der Armen herauspressen, Meister.“ „Wie machen wir das, Doktor?“ „Gar nicht.“ „Warum nicht?“ „Einem nackten Mann kann man nichts aus der Tasche ziehen.“ „Falsch!“ Der Doktor stutzte: „Ich bewundere Ihre Kombinationsgabe, beuge mich immer wieder vor Ihrem Scharfsinn, Meister, aber bei Sozialhilfeberechtigten ist wirklich nichts mehr zu holen.“ „Sie irren wie üblich, Doktor. – Welchen Punkt haben Sie übersehen?“ Der Doktor grübelte: „Keine dieser Kreaturen ist wirklich nackt, Meister.“ „Bravo, Doktor. – Haben Sie sich je gefragt, wie oft diese Menschen ihre Unterwäsche wechseln?“ Der Doktor schüttelte den Kopf. „Das sollten Sie aber, Watson, die Bremsspuren in ihren Unterhosen sind bares Geld.“ Er stand auf, griff nach dem karierten Reisemantel und seiner Mütze: „Kommen Sie, Doktor. Jetzt muß ein ganzes Volk die Hosen runterlassen.“

Eine solche Schmierkomödie hätte sich Sir Arthur Conan-Doyle, der Schöpfer von Holmes und Watson, nie zu schreiben getraut. Das schlimmste an diesem neuen Bonner Politabenteuer aber ist dies: Es ist alles wahr; Wort für Wort.

## Mission impossible?

### Waigel braucht Geld für den Euro

Von allen miesen Jobs, die das Syndikat zu vergeben hat, mußte Theo „Braue“ Waigel den undankbarsten erwischen: Schutzgelder eintreiben. Auf den öffentlichen Haushalten lasten Schulden von ca. 1,33 Billionen DM. 1996 betrug das Staatsdefizit 137 Milliarden DM; 14 Milliarden Mark mehr als im Vorjahr.

Und dann war da noch die für 1999 geplante Europäische Währungsunion. Beim Euro darf das Syndikat nur mitmachen, wenn das laufende Budgetdefizit höchstens drei Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) beträgt und die Gesamtschulden nicht über 60 Prozent des BIP liegen.

Klare Sache, Braue brauchte Geld, möglichst schnell und möglichst viel. Braue dachte angestrengt darüber nach, wo wohl die richtig dicke Kohle zu holen sei:

◆ Durch *Steuerhinterziehung* und *Schattenwirtschaft* gehen pro Jahr 130 Milliarden DM verloren, schätzt die Deutsche Steuergewerkschaft. Die wenigen Betriebsprüfer in den Finanzämtern sind völlig überfordert. Trotzdem machten sie 1990 11,5 Milliarden DM an hinterzogenen Steuern ausfindig. Nur einige Tausend Betriebsprüfer zusätzlich einzustellen, wäre nicht nur ein sich selbst finanzierendes Beschäftigungsprogramm, nein, Experten schätzen, dies brächte jährlich Mehreinnahmen von 20 bis 30 Milliarden DM.

◆ *Steuerflucht* – 15 bis 20 Milliarden schleusen deutsche Unternehmer jedes Jahr klammheimlich auf ausländische Konten.

Man müßte nur die Steuerfahndung ein bißchen mehr auf Trab bringen, ...

◆ *Kasino-Kapitalismus* – Deutsche Unternehmen stecken 40 Prozent ihrer eigenen Finanzierungsmittel nicht in Sachinvestitionen und damit (wenn auch beileibe nicht immer) in Arbeitsplätze, sondern in Spekulationsgeschäfte und Wertpapierkauf. Da springt zur Zeit mehr bei raus.

Warum sollte ein gut rechnender Unternehmer auch Maschinen aufstellen und Arbeit schaffen? Weiß er doch nur zu genau, daß 15 Jahre Sozialabbau unterm *Dicken Mann* die Masse der kleinen Leute

nicht gerade in einen Kaufrausch zu versetzen wußte. Er bliebe nur auf seinen Produkten sitzen.

Mit einer *Devisenumsatzsteuer* könnte man Spekulationsgeschäfte verteuern. Wenn man gleichzeitig arbeitsplatzschaffende Investitionen geringer besteuerte, hätten Unternehmer einen Anreiz, Arbeit zu schaffen. Mehr Arbeit – mehr Nachfrage – mehr Steuern – weniger Staatsschulden – Euro. Es geht doch!

◆ Leisten könnten sich die deutschen Unternehmen eine derartige Steuerreform mit links. Von 1980 bis 1993 stiegen ihre Nettogewinne in Westdeutschland um 251 Prozent. Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen stiegen zwischen 1993 und 1996 nach Abzug der Preistreigerungsrate um 26,8 %. Löhne und Gehälter fielen im gleichen Zeitraum um 4,5 %. (Quelle: Memorandum '97)

1994 summierte sich das für deutsche Unternehmer auf 653,1 Milliarden DM Einkommen aus Gewinn und Vermögen. Ob es daran lag, daß ihre Steuerbelastung zwischen 1982 und 1995 von 29,3% auf 16,9 % fiel, wer weiß?

Seit 1996 müssen sie keine betriebliche Vermögenssteuer mehr bezahlen, obwohl alle großen Konzerne und Banken Rekordgewinne meldeten.

Die Deutsche Bank meldete im Frühjahr 1996 mit 2,1 Milliarden DM Reinge-

winn den zweithöchsten Jahresüberschuß in ihrer Geschichte.

Braue fiel es wie Schuppen von den Augen: Da steckte also die Marie, die er so dringend brauchte. Nur leider – er konnte wohl kaum die Bosse des Syndikats selbst zur Kasse bitten. Bei diesen schweren Jungs würde er auf Granit pupen. Wenn er sein Leben nicht vorzeitig mit Zement an den Füßen auf dem Boden des Chiemsees beenden wollte, mußte er sich die Mäuse auf dem üblichen Weg beschaffen. Er griff zum Telefon: „Detektei Seehofer? – Ich hab’ da ein Problem.“

## Detektiv Seehofer, Anruf genügt.

Wie man per Rechtsverordnung  
Sozialhilfebeziehende auszieht

Sherlock Seehofer hat natürlich eine Lösung.

Am 31. Januar legte er einen Arbeitsentwurf für eine Rechtsverordnung zur Durchführung des § 21 Abs. 1 a des Bundessozialhilfegesetzes (BSHG) vor. Ziel dieser Initiative, die auf eine Vereinbarung mit den Bundesländern im Jahre 1993 zurückgeht, ist es, 250 Millionen DM einzusparen, allein 117 Millionen durch Verwaltungsvereinfachung – sprich: Personalabbau – in den Sozialämtern.

133 Millionen sollen durch die Pauschalisierung sog. „einmaliger Beihilfen“, neue Zuschußsysteme und „vermehrte Eigenleistung“ hereinkommen.

Mit anderen Worten: Es geht mal wieder Sozialhilfeberechtigten an die Wäsche. Dies ist durchaus wörtlich zu nehmen.

### 1. Pauschalisierung „einmaliger Beihilfen“ (Beispiel: Bekleidungsbeihilfe)

Für alle Bedarfe, die nicht durch die „laufende Hilfe zum Lebensunterhalt“ (HLU) gedeckt sind, können Sozialhilfebeziehende „einmalige Beihilfen“ erhalten. Einmalige Beihilfen gibt es für Heizmaterial, Bekleidung, Hausrat, Wohnungsrenovierung, Umzugskosten und fürs Weihnachtsfest. Viele Sozialämter zahlen bereits Pauschalen, andere nur nach Einzelanträgen.

Das Sozialamt Münster zahlt Bekleidungsbeihilfe als Pauschale. Nach dem vollendeten 19. Lebensjahr erhalten Sozialhilfebeziehende hier 578,- DM pro Jahr, im Alter zwischen sieben und achtzehn 636,- DM und bis zum sechsten Lebensjahr 521,- DM.

Gesundheitsminister Seehofer will diese Pauschalen nun bundeseinheitlich festsetzen. Dabei sollen 51,4 Millionen



Karikaturen (3): Frank Hegemann

DM herauspringen. Erwachsene sollen nur noch 570,- DM Bekleidungsbeihilfe im Jahr bekommen, Kinder sogar nur 415,- DM. Kinder und Jugendliche wären in Münster also am härtesten von dieser Neuregelung betroffen. Das Sozialamt Münster ist zumindest ihnen gegenüber noch vergleichsweise großzügig. Im Bundesdurchschnitt beträgt die jährliche Kleiderpauschale zur Zeit für Erwachsene 609,- DM, für Kinder 456,- DM.

Wie kommt unser Meisterdetektiv nun gerade auf 570,- und 415,- DM? Ganz einfach:

Man nehme das Mittel aus Statistik und Praxiswert und ziehe davon den Preis der Freiheit ab.

„Die Höhe der Pauschalbeträge orientiert sich am statistisch ermittelten Verbrauchsverhalten unterer Einkommensgruppen sowie an durchschnittlichen Praxiswerten“, heißt es in dem Arbeitsentwurf.

Maßstab für den Statistikwert ist die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe von 1988. Damals, vor neun Jahren und etlichen Preissteigerungen, gaben Erwachsene durchschnittlich 589,42 DM im Jahr für Kleidung aus.

Seehofers Praxiswert liegt bei 609,75 DM. Dieser Praxiswert berechnet sich nach einer höheren Mathematik, der sogenannten Standortlogik. Der Praxiswert orientiert sich für die „Grundausrüstung“ an Bekleidung „am durchschnittlichen Bestand an bestimmten Bekleidungsstücken, am Kaufverhalten und an der Wäschewechselhäufigkeit unterer Einkommensgruppen“ (Begründung zum Arbeitsentwurf, S. 4).

Das Gesundheitsministerium dementiert natürlich, man wolle Sozialhilfe-

beziehenden vorschreiben, wie häufig sie ihre Wäsche zu wechseln hätten. Schließlich sei Wäschewechselhäufigkeit ein Stichwort aus einer Verbraucherstudie, das lediglich bezeichne, wie viele Garnituren gekauft würden (Frankfurter Rundschau, 4.4.97).

Aber die Begründung zum Arbeitsentwurf (S. 18) zeigt unmißverständlich, daß ohne eine Kontrolle der Bremsspuren, der Praxiswert keine mathematische Relevanz für die Pauschalbeträge hätte. Pauschalisierungen seien nur zulässig, „wenn die Pauschalen auf ausreichenden Erfahrungswerten beruhen, denen spezifische Untersuchungen vorausgegangen sind“.

Nach diesen Rechenkunststücken liegt das Mittel zwischen 609,75 (Praxiswert) und 589,42 (Statistikwert) bei 600,- DM. Davon sind noch 30,- DM abzuziehen, um auf 570,- DM Bekleidungsbeihilfe zu kommen.

30 Mark? – Wofür? Dafür: „Die vorgesehene monatliche Auszahlung vergrößert die Dispositionsmöglichkeit des Hilfeempfängers. Er erhält die Gelegenheit, verstärkt Sonderangebote zu nutzen und dadurch kostengünstiger einzukaufen.“

Freiheit hat eben ihren Preis:

„Dem Hilfeempfänger ist daher insbesondere diejenige Hilfe zu gewähren, die seine Eigenständigkeit und Eigenverantwortung stärkt“ (S. 3).

Weniger ist also mehr. Abzüge sind Hilfeleistungen. – Sie können nicht mehr folgen? Das Statistische Bundesamt kommt da auch nicht mehr mit. Das hat nämlich ermittelt, daß der Bekleidungsbedarf für Frauen pro Jahr 770,- DM und für Männer 640,- DM beträgt. Sollte Herrn Seehofer entfallen sein, daß das BSHG Bedarfsdeckung vorschreibt?



## 2. Neue Zuschußsysteme

Bei den Zuschüssen für „besondere Anlässe“ – dazu zählen Taufen, Hochzeiten, Erstkommunion, Konfirmation und Beerdigungen – lassen sich laut Seehofers Arbeitsentwurf mindestens 2,7 Millionen DM sparen.

Erlaubt ist „angemessene Bewirtung“. Die „Feier in schlichter Form und kleinem Kreis ... wird sich in der Regel auf einen kleinen Umtrunk oder ein gemeinsames Kaffeetrinken mit den nächsten Angehörigen und gegebenenfalls Paten und Taufzeugen beschränken.“ Schade, nun darf man dem netten Herrn Sozialdetektiv, der nur mal kurz vorbeigekommen ist, um nach dem Rechten zu sehen, nicht mal ein Stück Schwarzwälderkiß anbieten.

Ganz in Weiß zu heiraten, ist auch nicht mehr drin. Denn „die Möglichkeit der Gebrauchsüberlassung kommt insbesondere bei Brautkleidern in Betracht“. Und immer schön aufpassen, daß man die geliehenen Sachen während der Feier nicht vollkleckert. Eine Waschmaschine kann das Brautpaar erst nach der Heirat beantragen. Dafür darf es die Ringe behalten, „da es üblich ist, diese bei der Trauung zu tauschen und später auch zu tragen“.

Donnerwetter! Darauf muß man erst einmal kommen.

## 3. „Vermehrte Eigenleistung“

Durch „vermehrte Eigenleistung“ beim Renovieren der Wohnung und der Instandsetzung von Hausrat lassen sich angeblich 7,4 Millionen DM an Zuschüssen einsparen. Seehofer sieht hier den Gedanken konkretisiert, „den Hilfeempfänger soweit wie möglich zu befähigen,

unabhängig von der Sozialhilfe zu leben“. Also, aufgestanden aus der sozialen Hängematte, zum Pinsel gegriffen und selber streichen!

Streichen für den Standort – der Bundesgesundheitsminister geht seit Jahr und Tag mit gutem Beispiel voran.

## Abstand statt Anstand

Braue war begeistert. Sherlocks Plan war prima. Jetzt galt es nur noch drei Hindernisse zu überwinden: die öffentliche Meinung, die Opposition und das vermaledeite Grundgesetz.

Kein Problem, das machen wir wie jedesmal in solchen Fällen, dachten sie sich. Eine Lüge hier, eine Halbwahrheit dort, eine kleine Manipulation an den Tatsachen, schon braust ein Ruf wie Donnerhall:

„Sozialhilfeempfänger wollen nicht arbeiten! Abzocker, Betrüger, arbeitscheues Gesindel, Schmarotzer elende!“

Damit die Stimmung so richtig aufkocht, streue man noch einige Prisen Mißgunst und Futterneid zwischen die Kraakeeler. Schon schlagen sie gegenseitig aufeinander ein: Arbeitnehmer auf Sozialhilfeempfänger, Deutsche auf Ausländer und alle zusammen auf Asylbewerber.

„Es ist ja wahr, daß in unserem Lande jemand, der einen nicht überdurchschnittlichen Verdienst hat, ... netto kaum mehr hat, als wenn er überhaupt nicht arbeiten würde“, erklärt Wolfgang Schäuble am 14. März vor dem Bundestag. Alle wissen es besser. Alle wissen, er sagt die Unwahrheit. Und nicht nur er. Trotzdem, die Bundestagspräsidentin greift nicht zur Glocke.

Hat nicht das Bundesfamilienministerium selbst ein Gutachten zum

Lohnabstandsgebot in Auftrag gegeben? Ergebnis: Sozialhilfe liegt immer unter den Einkommen von Arbeitnehmerfamilien mit Niedrigverdiensten.

Gibt es nicht ein Gutachten des Düsseldorfer Arbeitsministeriums, das dies bestätigt?

Pfeifen nicht nur alle Spatzen, sondern auch Ulf Fink, der CDU-Sozialexperte (zuletzt in *Talk vor Mitternacht*, Nord 3, 28.4.97, 23 Uhr), es von allen Dächern: Das Lohnabstandsgebot wird eingehalten.

Mußte nicht zuletzt Horst Seehofer selbst dies der Süddeutschen Zeitung am 14. April '97 eingestehen, obwohl die offensichtliche Falschbehauptung, Sozialhilfeempfänger hätten mehr in der Tasche als Arbeitnehmer, womit ihnen der Anreiz zur Arbeit fehle, Ausgangspunkt und Rechtfertigung seiner Sozialhilfedeform vom Sommer 1996 war?

Ist es nicht so, daß Sozialhilfebeziehende Schlange stehen für die wenigen *Arbeit statt Sozialhilfe*-Stellen, die das Sozialamt zu vergeben hat?

## Delikt: Sozialhilfebezug

Dr. Peter Ramsauer, sozialpolitischer Sprecher der CSU-Bundestagsgruppe: „Sozialhilfebetrügern muß mit allen möglichen Mitteln das Handwerk gelegt werden.“ Er fordert den „obligatorischen Einsatz von Ermittlern bei den Sozialämtern“, einen „automatischen Datenabgleich der Sozialämter untereinander sowie mit vorrangigen Sozialleistungsträgern“ und die Einführung der Sammelanfrage beim Bundesamt für Finanzen über Freistellungsaufträge für Zinseinkünfte.

Michael Glos, Vorsitzender der CSU-Bundestagsgruppe, will laut Presseerklärung vom 26. März, daß der „mißbräuchlichen Inanspruchnahme von Sozialhilfe schärfer zu Leibe gerückt“ wird. „Sozialhilfe muß auf die wirklich Bedürftigen konzentriert sein, die ihren eigenen Lebensunterhalt unverschuldet nicht bestreiten können.“ „Insbesondere bei Bürgerkriegsflüchtlingen muß es möglich sein, durch Feststellungen unveränderbarer Merkmale den Mißbrauch ... zu unterbinden.“

Fingerabdrücke und Polizeifotos von Sozialhilfe beziehenden ausländischen MitbürgerInnen hatte der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Erwin Marschewski, schon am 4. September '96 gefordert (vgl. SPERRE 4/96).

Mit allen möglichen Mitteln das Handwerk legen, schärfer zu Leibe rücken, zwischen schuldigen und unschuldigen Sozialhilfebeziehenden unterscheiden – derartige

Formulierungen scheinen wie aus den Schamlippen gekrochen, die Brecht noch fruchtbar währte.

Wozu hier noch mit Grundgesetz, Menschenwürde oder menschlichem Anstand kontern? Wozu hier noch zeigen, daß laut einer Stichprobenuntersuchung in Hamburg maximal ein Prozent der gesamten Sozialleistungen unberechtigt empfangen werden? Wozu noch sagen, daß dies hochgerechnet auf Gesamtdeutschland etwa 157 Millionen DM sind, also ungefähr ein Tausendstel dessen, was an Steuerhinterziehung flöten geht? Wozu noch erwähnen, daß laut Berechnungen der Caritas viele Menschen aus Scham auf Sozialleistungen verzichten und so den Bundeshaushalt jährlich um ca. 6 Milliarden DM entlasten?

Überall, wo die Ramsauers, Glos', Marschewskis, und wie sie noch alle heißen mögen, ihre braunen Bremsspurten hinterlassen, riecht es nach dem Verwesungsgestank eines seit 52 Jahren für tot gehaltenen Ungeistes. Dieser Ungeist hat in dem frei gewählten Parlament eines demokratischen und dem Schutz der Menschenwürde verpflichteten Staates nichts zu spuken.

Mit diesen Leuten diskutiert man nicht. Gegen diese Leute argumentiert man nicht. Wenn's stinkt, genügt ein einziges Wort: *Pfui!*

Es stinkt nicht nur bei CDU und CSU. Laut Focus 48/96 will die Stadt Eschweiler Sozialhilfeempfänger als „Spitzel“ (Focus) gegen andere Sozialhilfeempfänger einsetzen. Für ihren Dienst erhalten diese „Sozialdetektive“ entsprechende Tariflöhne. (In dieser Branche sind seit alters her 30 Silberlinge üblich.) Sozialdezernent und Stadtdirektor der Stadt Eschweiler gehören beide der SPD an. Ob es Johannes Rau immer noch leicht über die Lippen geht, die SPD als „Schutzmacht der kleinen Leute“ zu titulieren, wenn seine eigenen Parteifreunde die „kleinen Leute“ aufeinanderhetzen. Wenigstens Münster bleibt von Denunziantentum und Blockwartmentalität verschont (siehe Interview mit OB Tüns in dieser Ausgabe).

## 20 Prozent weniger Mensch

„Existenzminimum 2. Klasse“ für AsylbewerberInnen und Bürgerkriegsflüchtlinge

Diese Opposition haben Braue und Sherlock wirklich nicht zu fürchten. Die SPD hat 1993 die Deckelung der Sozialhilfesätze unterhalb der Preissteigerungsrates mitgetragen und damit dem Abwei-

chen vom Bedarfsdeckungsprinzip des BSHG zugestimmt. Im letzten Jahr haben die SPD-geführten Bundesländer Seehofers Sozialhilfedeckelung passieren lassen. Gegenleistung der Regierung: Die Sozialhilfe steigt um einen mageren Prozentpunkt.

Damit liegt sie immer noch unter der Preissteigerung und weit unter der von der EU definierten Armutsgrenze.

Die SPD-geführten Länder haben 1993 dem Asylbewerberleistungsgesetz zugestimmt. Asylbewerber erhielten seitdem im ersten Jahr 20 Prozent weniger als deutsche Sozialhilfebeziehende und noch dazu in der diskriminierenden Form von Sachleistungen.

Ab dem 23. April dieses Jahres hat sich die Lage von Asylbewerbern noch verschärft. Und nicht nur für sie. Diesmal waren auch die Bürgerkriegsflüchtlinge dran.

minimum zweiter Klasse“ den AsylbewerberInnen und Bürgerkriegsflüchtlingen hochhoffiziell diesen deutschen Gruß entbieten: „Ihr seid 20 Prozent weniger Mensch als wir Deutsche“?

Bei den kahl- und hohlköpfigen Mordbrennern von Mölln bis Lübeck, von Hoyerswerda bis Dolgenbrodt kommt diese Botschaft bestimmt so rüber.

Und wenn das nächste AsylbewerberInnenheim in Flammen steht, beteuern alle ihre Unschuld, die Biedermänner wie die Brandstifter.

Das Würdeprinzip (Art. 1) und der Grundsatz der Gleichheit vor dem Gesetz (Art. 3) in unserer Verfassung schützen doch alle Menschen. Heißt das, AsylbewerberInnen und Bürgerkriegsflüchtlinge fallen nicht unter diesen Begriff?

„Wir wissen nicht nur gefühlsmäßig, sondern aufgrund strengster wissenschaftlicher Einsicht, das alles Recht das Recht eines be-



Ab jetzt gilt für beide Gruppen: 20 % weniger als deutsche Sozialhilfebeziehende für drei Jahre.

Die Regierung lockte fast alle SPD-Länder mit drei Zuckerstückchen: 150 Millionen DM des gesparten Geldes fließen jährlich für einen Zeitraum von fünf Jahren in den Wiederaufbau Bosniens, außerdem bleibt die originäre Arbeitslosenhilfe erhalten, und die Länder müssen sich nicht finanziell an der Beförderung von Schwerstbehinderten im Nahverkehr beteiligen.

Abgesehen davon, ob die Hilfe Bosniens überhaupt nennenswert nützt, was haben AsylbewerberInnen davon, die nicht von dort kommen?

Wollen die regierungstragenden Parteien und einige Ministerpräsidenten aus der größten Oppositionspartei mit diesem gemeinsam tiefergelegten „Existenz-

stimnten Volkes ist.“

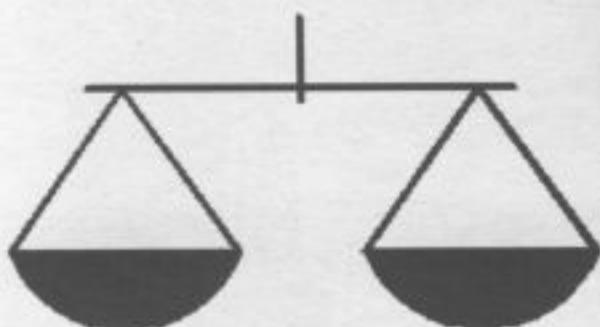
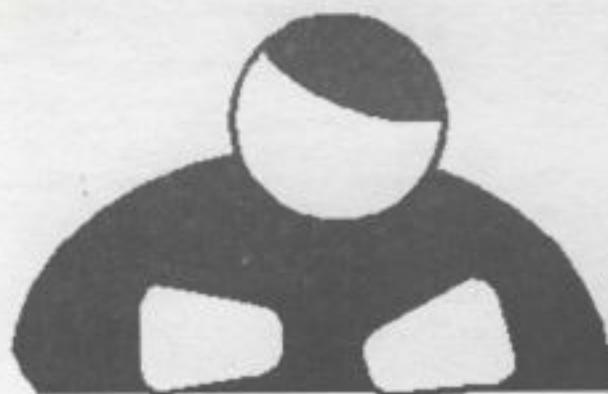
Keine Angst. Dieser Satz ist nicht die zeitgemäße Interpretation des Grundgesetzes.

Er stammt vom Juristen des Führers, Professor Carl Schmitt, aus seinem Buch: Staat, Bewegung, Volk. Die Dreigliederung der politischen Einheit, 2. Aufl., Hamburg 1933, S. 44.

Das Reichssicherheitshauptamt der SS brachte Schmitts Rechtsauffassung 1935 in einem Machwerk mit dem Titel *Der Untermensch* für juristische Laien auf den Punkt:

„Denn es ist nicht alles gleich, was Menschenantlitz trägt. – Wehe dem, der das vergißt!“

AsylbewerberInnen, Bürgerkriegsflüchtlinge und Sozialhilfebeziehende werden sich in Zukunft wohl ständig daran erinnert fühlen.



INFOS

RECHT

### Zuständigkeitsstreit zwischen Leistungsträgern

Wenn zunächst nicht klar ist, ob Sozialamt oder Krankenkasse die Kosten einer Behandlung zu tragen haben, ist die Stelle zur vorläufigen Zahlung verpflichtet, die als erste mündlich oder schriftlich angegangen worden ist. Der Bürger soll von der Mühe entlastet werden, selbst die Zuständigkeit zu klären. *avv*  
Oberverwaltungsgericht Münster, 24 B 3205/95 vom 5.1.96

### Keine Rückzahlung bei verspäteter Umzugsmeldung

Wer neben dem Erziehungsgeld Arbeitslosenhilfe bezieht, muß nicht jederzeit vom Arbeitsamt erreichbar sein. Die Behörde darf Arbeitslosenhilfe für den Zeitraum, in dem Leistungsbezieher ihren Umzug nicht gemeldet hatten, nicht zurückfordern. *avv*

Bundessozialgericht,  
11 RAr 29/96 vom  
12.12.96

### Prozeßkostenhilfe trotz Vermögen über Freibrenze

Auch wenn das Vermögen den Freibetrag übersteigt, kann ein Antragsteller Prozeßkostenhilfe erhalten. Dies gilt dann, wenn dem Vermögen fällige Verbindlichkeiten gegenüberstehen oder wenn es als laufendes Arbeitseinkommen gerade gezahlt wurde und zur Deckung des Lebensunterhalts dient. *avv*

Oberlandesgericht Bamberg, 2 WF 55/96 vom 12.6.96

### Bürgschaft für Ehegatten

Eine Bürgschaft für Ehegatten ist nicht allein deshalb sittenwidrig, weil die Ehefrau weder Einkommen noch Vermögen hat, denn die Bank will sich mit Einbeziehen des Partners vor Vermögensverlagerungen unter Eheleuten schützen. Die Bank muß aber die Fälligkeit ihres Bürgschaftsanspruches hinausschieben und mit der Klage warten, bis die bürgende Ehefrau Vermögen erlangt hat. *avv*

Bundesgerichtshof, IX ZR 69/96 vom 23.1.97

### Bildungsmaßnahme abgelehnt: Die Gründe zählen

Lehnt das Arbeitsamt die Förderung einer beruflichen Bildungsmaßnahme pauschal mit der Begründung fehlender arbeitsmarktlicher Zweckmäßigkeit ab, dann ist der Bescheid rechtswidrig und kann angefochten werden. Das Arbeitsamt muß in seinem Bescheid Gründe mitteilen, die die Anwendung seines Beurteilungsspielraums erkennen lassen. *avv*

Bundessozialgericht, 7 RAr 58/95 vom 28.11.96

# (K) Ein Papiertiger



Foto: Barth

DRP-Geschäftsführer Olaf Hagedorn beim Zuschneiden

Das Unternehmen, das aus einem Arbeitslosenselbsthilfeprojekt entstanden ist, stellt im *Direkt-Recycling* aus Altpapier Brief- und Geschenkpapier her. Papierbeschaffung, Vertrieb und Marketing liegen in den Händen der DRP. Die Herstellung muß aus Kostengründen noch in Auftrag gegeben werden.

Um in das Förderungsprogramm des Landes aufgenommen zu werden, mußte die *Gesellschaft für Innovation und Beschäftigung (GIB)* zunächst ein Gutachten über die zu erwartende Wirtschaftlichkeit der DRP anfertigen. Als das Gutachten positiv für den Betrieb ausfiel, galt es, die Kriterien eines Sozialen Wirtschaftsbetriebes zu erfüllen.

Soziale Betriebe verbinden eine soziale und eine ökonomische Komponente in ihrem Wirtschaftsleben.

Einerseits haben sie den Anspruch, durch die Produktion innovativer Güter bzw. Dienstleistungen Problemgruppen des Arbeitsmarktes, insbesondere Langzeitarbeitslose, in das Beschäftigungsleben zu integrieren. Auf diese Weise schaffen sie Dauerarbeitsplätze, die nach der fünfjährigen Förderung nicht mehr auf staatliche Unterstützung angewiesen sind.

Soziale Betriebe sollen auf dem Arbeitsmarkt besonders benachteiligte

Gruppen verstärkt berücksichtigen. Das Land schreibt daher einen Frauenanteil von 50 % und einen Schwerbehindertenanteil von 10 % der Beschäftigten bezogen auf alle Sozialen Wirtschaftsbetriebe vor.

Andererseits steht bei dieser Konzeption von Sozialen Betrieben die betriebswirtschaftliche Seite im Vordergrund. Deshalb mußte die DRP nicht nur das Wirtschaftlichkeitsgutachten der GIB vorweisen, sondern auch sicherstellen, daß die Geschäftsführung die fachliche und kaufmännische Qualifikation besitzt, das Unternehmen zu leiten.

Außerdem ist der Betrieb verpflichtet, Jahr für Jahr seine wirtschaftliche Lage der Investitions-Bank, die die Förderung bewilligt, darzulegen. Diese Anforderungen gewährleisten, daß ein Sozialer Wirtschaftsbetrieb hinterher auf eigenen Beinen stehen und sich am Markt behaupten kann.

Doch nicht jedes Unternehmen kann ein Sozialer Wirtschaftsbetrieb werden. Das Programm richtet sich an Unternehmen in der Gründungsphase. Die DRP gründete sich am 1.4.1996 und fällt damit unter die Kategorie *neugegründetes Unternehmen*.

Die Förderung besteht in einem degressiv gestalteten Lohnkostenzu-

Nomen est omen. *Soziale Wirtschaftsbetriebe* sollen das tun, was ihr Name verspricht: Wirtschaft und Soziales verbinden. Das Land Nordrhein-Westfalen hat zu diesem Zweck ein gleichnamiges Förderprogramm ins Leben gerufen, das sich speziell an Unternehmen in der Gründungsphase richtet. Eines dieser Unternehmen ist die *Direct-Recycle-Papierprodukte GmbH, DRP*, aus Münster.

Ab dem 1. Mai nimmt der junge Betrieb an dem Landesprogramm teil. Jetzt kann er beweisen, daß er kein Papiertiger ist, sondern sich in der freien Wildbahn der Marktwirtschaft durchzubeißen versteht.

## DRP, die Direct-Recycle Papierprodukte GmbH, wird Sozialer Betrieb

schuß, d. h. die tariflichen Bruttolöhne werden im ersten Jahr zu 80 % gefördert. Der Zuschuß verringert sich jedes Jahr stufenweise um 10 %.

Das Land fördert auf diese Weise bei der DRP die Löhne von fünf Mitarbeitern: einer Frau und vier Männern. Der Geschäftsführer bleibt dabei unberücksichtigt. Sein Gehalt muß der Betrieb selbst erwirtschaften.

Da die DRP GmbH ihre Produkte auf besonders umweltschonende Weise herstellt, besetzt sie eine ökologische Marktlücke. So kann der Betrieb innovative Arbeitsplätze schaffen und mit einer stabilen Stammbelagschaft am Arbeitsmarkt die Zähne zeigen. *rike*

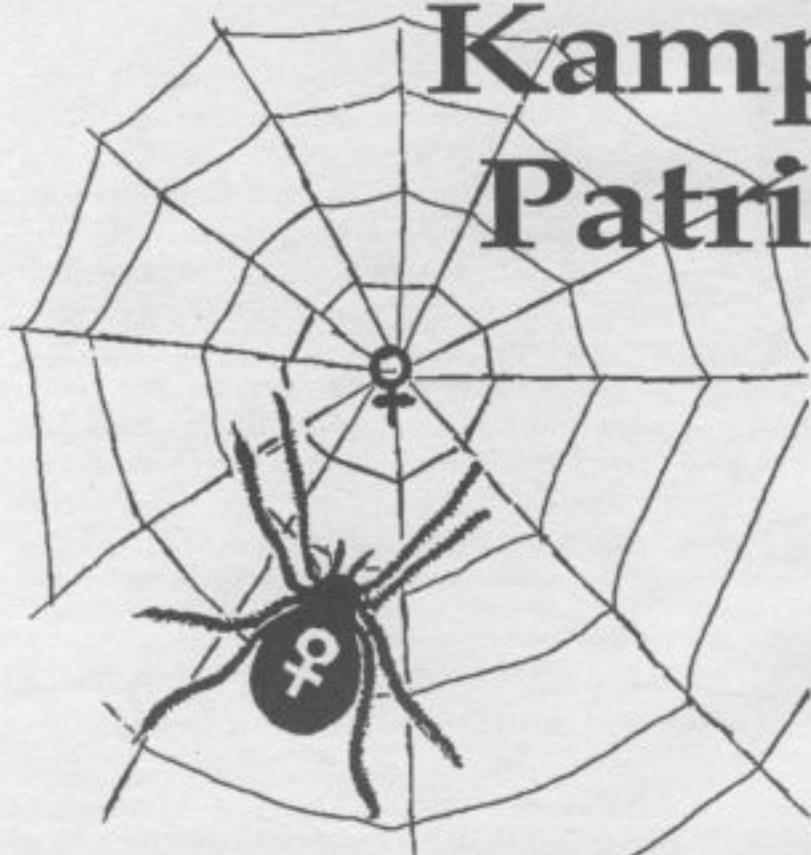
Wesst doch eure Videos  
einfach an die  
Wand!



... mit dem Videobeamer (Sony PLC-220 P) vom c.u.b.a.l. Für eine brillante Projektion bei einer Bildbreite zwischen 40 cm und 6 m. Nutzungsgebühr 92/172/230 DM incl. PAL/SECAM/NTSC-Videorecorder! Nähere Information und Buchung bei Rosa Linse (0251/56.33.9) oder cuba-cultur (0251/54.89.2).

Schwarze Witwe – Autonome Frauenforschungsstelle e. V.

# Kampf dem Patriarchat



Ein überdimensionales Spinnennetz mit einer riesigen Spinne hängt von der Decke herab, unzählige Bücher stehen geordnet in hellen Holzregalen, ein großer Tisch mit bunten Stühlen lädt ein zum Lesen, Verweilen und Diskutieren mit den Frauen, die hier zu Hause sind: Die „Schwarzen Witwen“.

**D**rei Räume im zweiten Stock des Kulturzentrums *cuba* nennen sie ihr eigen. Hier können Frauen sich umfassend über alte und neue Ergebnisse der Frauenforschung informieren, sich organisieren und Unterstützung bei der Realisierung ihrer Projekte finden.

„Die Unzufriedenheit mit der Situation der Forschung von und über Frauen im traditionellen Wissenschaftsbetrieb war es, die 1985 zehn Frauen dazu bewog, eine autonome Frauenforschungsstelle zu gründen“, erläutert Heike Schlüter die Entstehungsgeschichte der *Schwarzen Witwe*.

## Schwarze Witwen spinnen und fressen Männchen

„Durch die Bereitstellung von Materialien und Informationen zu feministischen Themen wollten wir forschende Frauen gezielt bei ihrer Arbeit unterstützen und ihnen Möglichkeiten zum Austausch und zur Zusammenarbeit bieten.“

Natürlich sind die *Schwarzen Witwen* keine – wie ihr Name es zunächst vermuten ließe – Selbsthilfegruppe für verwitwete Frauen, die sich gegenseitig über den Verlust ihrer Männer hinwegtrösten

und gemeinsam Trauerarbeit leisten. *Schwarze Witwe* ist vielmehr eine Anspielung auf die gleichnamige Giftspinne, deren Fähigkeiten und Eigenarten symbolisch für die Arbeit der Autonomen Frauenforschungsstelle stehen:

Daß diese Giftspinne nach dem Geschlechtsakt das Männchen frißt, soll zwar laut eigener Aussage der *Schwarzen Witwen* nicht heißen, daß sie Männern nachstellen und sie verführen, um sie dann mit Haut und Haaren zu verschlingen.

Dennoch ist der Name bewußt provozierend und soll eine Kampfansage an patriarchalische Herrschaftsstrukturen darstellen.

Darüber hinaus wollen die *Schwarzen Witwen* genau wie ihre Namensgeberin Netzwerke schaffen, und nicht zuletzt soll der Name auf ein produktives Frauenhandwerk mit langer Tradition anspielen: das Spinnen.

## Das Archiv

Das Archiv bildet den eigentlichen Schwerpunkt der *Schwarzen Witwe*.

Der Archivbestand ist seit der Gründung der Forschungsstelle ständig angewachsen. Materialien zu Themen wie

Frauengeschichte, Frauen und Film, § 218 und vielen mehr gibt es in Hülle und Fülle.

Mit Hilfe eines selbst erarbeiteten alphabetischen und thematischen Katalogs können Frauen sich Zugang zu dem umfangreichen Bestand verschaffen, der überdies seit 1995 schrittweise computererfaßt wird.

Das Archiv der *Schwarzen Witwe* umfaßt über 40 verschiedene Frauenzeitschriften, Zeitungsausschnitte, Referate, Haus-, Examens- und Promotionsarbeiten, Bücher, Aufsätze und Nachschlagewerke, Selbstdarstellungen von Frauengruppen, Tagungs- und Kursprogramme, aber auch Romane und Krimis sowie Video- und Tonbandaufnahmen, Plakate und Fotografien.

Sollte eine Frau bei ihrer Suche im Archiv der münsterschen Frauenforschungsstelle nicht fündig werden, stehen die *Schwarzen Witwen* hilfsbereit zur Seite und können bei Bedarf an andere Projekte und Archive verweisen.

Darüber hinaus bietet der Internetanschluß der Frauenforschungsstelle die Möglichkeit zur elektronischen Recherche. Gegen einen geringen Kostenbeitrag können interessierte Frauen montags von 16–18 Uhr im Weltnetz surfen.

## Viele Gruppen unter einem Dach

War das einmal wöchentlich stattfindende Plenum ursprünglich das Zentrum der inhaltlichen Arbeit der *Schwarzen Witwe*, so haben sich mittlerweile zahlreiche Nebengruppen und Projekte entwickelt, denen auch Frauen angehören, die nicht den „organisatorischen Kern“ der *Schwarzen Witwe* bilden. Verschiedene Gruppen arbeiten kontinuierlich zu Bereichen wie Frauen und Film, Frauengeschichte und Frauenkultur.

Neben den Arbeitsgruppen der *Schwarzen Witwe* nutzen auch andere münstersche Frauengruppen die Räume und Infrastruktur der Frauenforschungsstelle.

Frauen und Gruppen, die zu einem bestimmten Thema arbeiten wollen, können sich jederzeit an die *Schwarze Witwe* wenden, um Unterstützung für ihre Projekte zu finden.

### Politische Arbeit

„Ein wichtiger Aspekt unserer Tätigkeit ist die politische Arbeit“, betont Heike. „Wir wollen die Öffentlichkeit auf unsere Belange aufmerksam machen und etwas bewegen“. So erstellte die Gruppe *Frauen und Kommunalpolitik* anlässlich des Stadtjubiläums einen Forderungskatalog an die Stadt Münster, der die infrastrukturellen und finanziellen Bedürfnisse der Frauen beinhaltete.

Außerdem beteiligt sich eine Arbeitsgruppe der *Schwarzen Witwe* am „Frauenbündnis gegen Sozialabbau“ und mischt sich so aktiv in die Sozialpolitik ein, um die Interessen der Frauen zu vertreten. Auch am 1. Mai wird dieses Bündnis wieder lautstark gegen den fortschreitenden Sozialabbau, der Frauen in besonderem Maße trifft, protestieren. alex



Die *Schwarzen Witwen* wollen auch im Stadtfernsehen ihre Netze spinnen. Die Produktionsgruppe „Frauen“ plant ein Frauenmagazin für den Offenen Kanal.

Foto: A. Schulte

Eines der neueren Projekte, an dem sich Mitarbeiterinnen der *Schwarzen Witwe* beteiligen, ist das münstersche Stadtfernsehen.

Der *Offene Kanal* soll ab September 1997 als Spartenprogramm im Kabelfernsehen ausgestrahlt werden und allen Bürgern die Möglichkeit bieten, sich öffentlich zu äußern.

Bei den ersten Vorbereitungstreffen zeigte sich, daß das Medium Fernsehen auch in Münster fest in Männerhand ist: Die interessierten Frauen sahen sich mit einer männlichen Übermacht konfrontiert.

Um diesem Umstand entgegenzuwirken, spinnen die *Schwarzen Witwen* auch im *Offenen Kanal* ihre feinen Netze.

Gemeinsam mit anderen Gruppen beteiligen sie sich in der Produktionsgruppe „Frauen“ an der Entwicklung eines Frauenmagazins.

Dieses Magazin soll zunächst einmal im Monat gesendet werden, langfristig strebt die Produktionsgruppe jedoch einen wöchentlichen Sendeplatz an. Im Mittelpunkt der Sendung steht die Vielfalt

und Breite des gegenwärtigen Frauenlebens in Münster. Neben der Aufbereitung frauenrelevanter Themen, der Vorstellung anderer Vereine und Institutionen stehen Veranstaltungshinweise, Kultur und Sport auf dem Programm.

Darüber hinaus stellt das Frauenmagazin eine Plattform für andere Frauengruppen dar, die ihre Aktivitäten und Anliegen vorstellen wollen.

Ziel ist es außerdem, eine Gruppe von technikkundigen Frauen aufzubauen, um Frauen die Produktion eigener Beiträge zu ermöglichen und ihnen den Weg in den *Offenen Kanal* zu ebnet.

Die Produktionsgruppe „Frauen“ ist jederzeit offen für Interessierte, die am Frauenmagazin mitarbeiten wollen.

Besonders Anfängerinnen bietet sie die Möglichkeit, mit Aufnahme- und Bearbeitungstechnik umgehen zu lernen und mit dem Medium Fernsehen zu arbeiten.

Wer mehr über die Arbeit der Produktionsgruppe „Frauen“ wissen möchte, ist herzlich zu den Treffen in den Räumen der *Schwarzen Witwe* eingeladen. rike

K N E I P E

FRAUENSTR.  
24

DURCHGEHEND  
TÜRKISCHE KÜCHE  
AUCH ZUM MITNEHMEN!

MO-FR VON 9.30-1 UHR  
SA UND SO VON 12-1 UHR

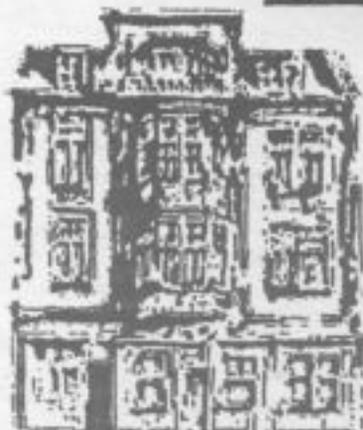
Steinbildhauerei

Malerei  
Aktzeichnen  
Maskenbau  
Modellieren  
Abformen

Wolbecker Str. 38  
48155 Münster



Tel. 0251  
66 56 55



*Janis Joplin erbat sich  
einst vom lieben Gott  
einen Mercedes-Benz.*

*Daß Olaf Kluge auch einmal  
in die Situation kommen  
sollte, jemand anderen den  
„guten Stern auf allen  
Strassen“ zu finanzieren,  
hatte er sich allerdings  
nicht träumen lassen.  
Doch so kann's kommen.*

### Mit Mietwucher zu einem guten Stern?

**E**ine Grundmiete von 380 DM plus 70 DM für Nebenkosten sollte das 14 qm große Zimmer kosten. Proteste nutzten nichts.

„Wenn sie das Zimmer nicht haben wollen, in zehn Minuten finde ich jemand anderen.“

„Mein Vormieter hat 70 DM weniger bezahlt.“

„Hören Sie, mit mir können Sie über alles reden, nur nicht über Geld. Sehen sie den Mercedes da, der kostet heute schon 90.000 DM. Irgendwoher muß das Geld doch kommen.“

450 DM Miete, das war damals – im Herbst 1992 – der halbe Bafög-Satz. Olaf Kluge stimmte trotzdem zu.

„Was sollte ich machen? Aus dem Studentenheim mußte ich nach vier Semestern 'raus. Ich war schon lange auf Zimmersuche, immer war alles schon vergeben.“

### Tut's nicht auch ein Gebrauchter?

Bei einer so hohen Miete müßte er neben dem Studium jobben. Daß er nun bis spätabends kellnern sollte, sah Olaf nicht ein und erkundigte sich beim MieterInnenschutzverein, ob eine so hohe Miete für ein einfaches Zimmer zulässig sei.

Der Verein schrieb dem Vermieter, daß ein Verstoß gegen § 5 Wirtschaftsstrafgesetz vorliege. Entweder er senke die Miete freiwillig, oder er müsse mit einer Anzeige rechnen. Dann müsse er nicht nur die überhöhte Miete zurückzahlen, sondern auch noch ein Bußgeld von mehreren Tausend DM berappen. Wenn er ohne Mietwucher den Mercedes nicht bezahlen könne, solle er es einfach mit einem Gebrauchtwagen versuchen.

*O Lord,  
won't you  
buy me*



### Versprochen ist Versprochen: Strafanzeige und Bußgeld

Als keine Reaktion kam, stellten die Mieterschützer – versprochen ist versprochen – Anzeige wegen des Verdachts der Mietpreisüberhöhung.

Das Amt für Wohnungswesen ging von einer üblichen Grundmiete von etwa 220 DM für das einfach ausgestattete Altbauzimmer aus. Wegen der hohen Überschreitung und der absichtlichen Ausnutzung der Wohnungsnot verhängte die Stadt gegen den Hausverwalter ein Bußgeld von 10.000 DM.

Der Hausverwalter legte Einspruch gegen dieses Bußgeld ein.

### Kein kurzer Prozess

Deshalb läuft in der Sache seit einer ganzen Weile ein Prozess beim Amtsgericht Münster.

Erst einmal erstellte ein Sachverständiger ein Gutachten über die für so ein Zimmer übliche Miete. Das dauerte. Als es endlich vorlag, bestätigte das Gutachten jedoch eindeutig, daß die Miete völlig überhöht ist.

Jetzt versucht der Verwalter, sich damit herauszureden, er habe das Zimmer möbliert vermietet. Dazu Olaf: „Alles

Ausreden, mir ist das Zimmer nie möbliert angeboten worden.“

Der Verwalter betreibt eine Verzögerungsstrategie.

Mit Krankmeldungen, Befangenheitsanträgen usw. schafft er eine Vertagung nach der anderen.

### Überregionale Aufmerksamkeit

Womit er laut Olaf Kluges Rechtsanwalt Meinolf Weber letztlich nur sich selbst schaden dürfte: „Inzwischen hat die Sache wegen des relativ hohen Bußgeldes überregionales Interesse geweckt. Der Fall wurde in der Presse und in mehreren überregionalen Fernsehsendungen dargestellt, wobei unter anderem der Präsident des Deutschen Mieterbundes dazu Stellung genommen hat. Diese öffentliche Aufmerksamkeit dürfte die Versuche des Beschuldigten, die Sache zu verzögern und sich irgendwie herauszuwinden, nicht gerade erleichtern. Außerdem haben sich inzwischen auch eine ganze Reihe anderer Mieter ein Beispiel an Olaf Kluges Courage genommen und ebenfalls Anzeige gegen den Verwalter gestellt.“

Olaf Kluge stört die lange Verfahrensdauer nicht sonderlich: „Ich habe die Miete schon lange gekürzt. Außerdem weiß ich

vom MieterInnenschutzverein, daß die öffentliche Berichterstattung über meinen Fall schon viele andere Vermieter davon abgehalten hat, überhöhte Mieten zu verlangen. Und das ist vielleicht der größte Erfolg."

**„Einfach“  
abschaffen?**

Solche Erfolge könnte es möglicherweise bald nicht mehr geben. Die Bundesregierung strickt zur Zeit an einer „Vereinfachung“ des Mietrechts.

Vor allem die FDP und die Hauseigentümerverbände verfolgen dabei unter dem Etikett „Vereinfachung“ einen deutlichen Abbau des Mieterschutzes.

Sie wollen das Verbot der Mietpreisüberhöhung abschaffen sowie Kündigungen und Mieterhöhungen erleichtern.

Mieterverbände und Bundesländer konnten solche Bestrebungen erst einmal zurückdrängen.

Am 18. März hat der Staatssekretär im Justizministerium, Rainer Funke, Einzelheiten aus dem Entwurf zur Veränderung des Mietrechts vorgestellt.

Die Vorschläge der FDP scheinen vorläufig vom Tisch zu sein.

Sollten sich im Zuge der parlamentarischen Beratungen die Gewichte zu Ungunsten der Mieter verschieben, haben etliche Mietervereine bundesweit Widerstandsaktionen vorbereitet, um Kündigungsschutz und Verbot der Mietpreisüberhöhung zu bewahren.

Daß Daimler dann vielleicht ein paar Karossen weniger absetzt, nehmen sie nicht nur bewußt in Kauf, sondern begrüßen dies auch aus ökologischen Gründen.

*pade*



**MIETER/INNEN  
SCHUTZVEREIN**

MÜNSTER UND UMGEBUNG E.V.  
48143 Münster, Achtermannstr. 10  
im cuba (1. Stock)  
Tel.: 0251/51 17 59  
Fax: 0251/ 51 17 58

**Mitgliederversammlung**

Wie jedes Jahr lädt der MieterInnen-Schutzverein alle Mitglieder und sonstige Interessierte zur diesjährigen Mitgliederversammlung ein. Sie findet statt am Samstag, dem 24. Mai um 15 Uhr in der Gaststätte Frauenstrasse 24.

**Tagesordnung**

1. Eröffnung, Begrüßung
2. Wahl der Versammlungsleitung und des/der Protokollführers/in, Bestimmung von zwei Anwesenden zur Unterzeichnung des Protokolls
3. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Tagesordnung
4. Berichte des Vorstands und der Geschäftsstelle
  - Tätigkeit des Vorstands
  - Tätigkeit der Geschäftsstelle
  - Aussprache dazu
  - Finanzbericht u. Mitgliederzahlen
  - Aussprache dazu
5. Bericht der Kassenprüfer  
Aussprache dazu
6. Entlastung des Vorstands und der Kassenprüfer
7. Vorstandswahlen
8. Wahl von zukünftigen KassenprüferInnen und StellvertreterInnen
9. Anträge zur Beschlussfassung, u. a. Leitantrag zur wohnungspolitischen Tätigkeit und zur Beratungsarbeit
10. Verschiedenes

**MIETERTIP**

**(Miet)SPIEGEL-Leser  
wissen mehr**

Der neue Mietspiegel für Münster ist erschienen

**M**ontag ist SPIEGEL-Tag. Das wissen Sie. Wissen Sie auch, daß es in Münster ca. alle zwei Jahre einen neuen *Mietspiegel* gibt?

Gerade ist wieder ein neuer erschienen. Im *Mietspiegel* können Sie ablesen, wie hoch die Mieten in Münster üblicherweise sind, und zwar auch für Ihre eigene Wohnung. Das geht ähnlich wie beim Autoatlas, wenn sie anhand der Entfernungstabelle sehen wollen, wie weit es von einer Stadt zur anderen ist. Je nach Größe, Baualter und Ausstattung der Wohnung sind dort die unterschiedlichen Mietpreisspannen angegeben.

Der neue *Mietspiegel* gibt also im Vergleich mit dem alten, bislang gültigen *Mietspiegel* ein Bild darüber, wie hoch die Mieten in Münster in den letzten zwei Jahren gestiegen sind. Viele Vermieter nehmen das Erscheinen eines neuen *Mietspiegels* zum Anlaß, eine Mieterhöhung zu verlangen.

MieterInnen können dann ihrerseits den neuen *Mietspiegel* zur Hand nehmen und prüfen, ob der vom Vermieter jetzt verlangte Quadratmeterpreis tatsächlich im Rahmen der üblichen Mieten liegt. Mehr darf der Vermieter nicht verlangen.

Ein Beispiel: Sam Sperre lebt in einer Altbauwohnung Ecke Soester Strasse/Hafenweg. Der arme Sam hat nicht einmal eine Zentralheizung und muß jeden

Tag Kohlen schleppen. Der Vermieter verlangt jetzt eine Mieterhöhung von 8 DM auf 9,50 DM/qm. Sam hat gerade keine Aufträge, also 'ne Menge Zeit, dafür um so weniger Geld. Er besorgt sich den *Mietspiegel* und stellt fest, daß die übliche Miete für so eine Wohnung in Münster maximal bei 8,50 DM liegt. „Nicht mit mir“, denkt sich Sam und schreibt dem Vermieter, daß er nur eine Erhöhung auf 8,50 DM akzeptieren könne.

Womit er nicht nur für sich ein gutes Werk tut, sondern auch für alle anderen Mieter in Münster. Denn je mehr Mieter darauf achten, daß die Mieterhöhungen niedrig bleiben, desto langsamer steigt das allgemeine Mietenniveau. Steigen die üblichen Mieten nicht so schnell, können die Vermieter auch nur entsprechend niedrige Mieterhöhungen verlangen. Paßt keiner auf, wird's auf Dauer für alle teurer.

Gerade in Münster sollte man das vermeiden. Schließlich zahlen die Münsteraner die höchsten Mieten in ganz Nordrhein-Westfalen.

Den aktuellen *Mietspiegel* gibt es für 5 DM bei Mieter- und Hauseigentümervereinen.

*pade*

**Verantwortlich für den Inhalt:  
MieterInnen-Schutz e. V.,  
Achtermannstrasse 10,  
48143 Münster**



Abgesehen vom „Vitamin B“ ...

Foto: Delattre

## Vitamine sind lebensnotwendig

**D**er Körper braucht Vitamine nur in kleinen Mengen. Vitamin D und K stellt der Körper selbst her. Alle anderen nimmt er mit der Nahrung auf.

Je frischer ein Lebensmittel ist, desto mehr Vitamine enthält es. Beim Lagern, Vor- und Zubereiten gehen etliche Vitamine durch Licht, Temperatur und Sauerstoff verloren. Also: Frische Lebensmittel kaufen, kurz, kühl und dunkel lagern, kurz waschen und knapp garen.

Nach einem langen Winter mit etlichen Erkältungen braucht der Körper Vitamine, weil sie die Immunabwehrkräfte stärken und zu neuem Schwung verhelfen. Besonders wichtige Vitamine sind:

**Vitamin A:** in allen grünen und orangefarbenen Gemüse- und Obstsorten,

**Vitamin C:** in allen Gemüse- und Obstsorten,

**Vitamin D:** in Milchprodukten, Eigelb, Pilzen. Das Sonnenlicht regt die Produktion von Vitamin D an.

Vitaminpräparate sind häufig teuer. Bei den fettlöslichen Vitaminen (A, D, E, K) kann eine unkontrollierte Einnahme sogar schädlich bzw. giftig sein. In großen Mengen oder über längere Zeit eingenommen führen sie zur Überversorgung und zu körperlichen Beschwerden, da der Körper diese Vitamine speichert. **mm**

**I**ch habe die Nase endgültig voll von Schlechtwetterperioden, Schlechtwetter-Nachrichten über steigende Arbeitslosenzahlen, schlechteren Arbeitsbedingungen, vom neuen Arbeitsförderungsreformgesetz und all den anderen miesen Meldungen. Der Frühling hat begonnen!!! Ich sitze in der warmen Sonne und denke positiv!!!

Was steht denn noch in unserer Macht außer Besuchen beim Arbeitsamt, Studieren von Stellenanzeigen, Schreiben von Bewerbungen und hoffen, hoffen, hoffen ...?

Besinnen wir uns doch auf die einfachen Dinge im Leben – spaziergehen, singen, malen, mit dem Fahrrad durch den Frühling fahren ... und natürlich Essen!

Wann haben Sie eigentlich das letzte Mal so richtig gut gegessen? Ich meine nicht ein Fünf-Gänge-Menü in einem piekfeinen „In-Restaurant“ mit großen Tellern und wenig 'drauf, auch keine schnelle, ölige Portion Pommes aus der Fritten-Bude und kein teures Mikrowellenmenü aus der Folienschachtel.

Nein, ich rede von einem Essen, das Ihnen das Wasser im Munde zusammenlaufen läßt, das Ihnen ein Wonne-Gefühl vermittelt – eben ein „Ich-tue-mir-Gutes-Genießer-Essen“.

Also nichts wie ran an das Frühlingmenü für Erwerbslose und andere Gesellschafts-„Schmarotzer“. Schaffen wir uns unsere eigene Fortbildung in der *Haute Cuisine* für den schlanken Geldbeutel. Das Arbeitsamt hat dafür eh' kein Geld. Außerdem ist dieses Essen gesund und macht richtig fit für den nächsten Arbeitseinsatz.

Denn merke: Ohne Vitamine läuft rein gar nichts. **mm**

## Schlemmermenüs für Sozialschmarotzer

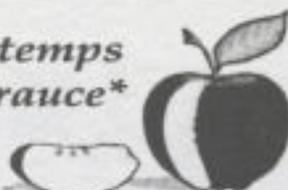


... finden sich in frischen Zutaten alle lebenswichtigen Vitamine.

Foto: Nothnagel

Unter diesem Titel startet die SPERRE eine neue Serie mit Kochtips und Ernährungsratschlägen von Diplom-Oecotrophologin Maria Michael (**mm**). Auch wenn Raubritter Theodor die Geldbeutel kleiner Leute zum Plündern freigegeben hat, muß nicht Maitre Schmalhans den Löffel in Ihrer Küche schwingen. Gutes und gesundes Essen ist auch mit wenig Geld möglich. Damit Horst Seehofer nun nicht gleich seine besten Detektive beauftragt, Ihre Kochtöpfe zu inspizieren, weil er Sie wieder einmal verdächtigt, dem Standort Deutschland die Haare vom Kopf zu fressen, nennt unsere Autorin für jedes Gericht die durchschnittlichen Preise pro Person. Die sind so niedrig, daß unsere *Haute Cuisine* in jeder Hinsicht zum Genuß ohne Reue wird. Sollten die Sozialschnüffler trotzdem darauf bestehen, Ihre Erbsen zu zählen, drücken Sie ihnen einfach Ihr Hungertuch in die Hand. Damit können die Möchtegern-Bogarts sich wenigstens beim Abwasch nützlich machen. – Bon appetit! **wwi**

## Gratin du Printemps avec Sauce à Brauce\*



### Vorspeise: SAUERAMPFERSUPPE

4 EL Hirsemehl (ersatzweise normales Mehl)  
1 l kalte Milch

20 g frische Kräuter (Schnittlauch,  
Sauerampfer, Petersilie, Dill)

Salz, gekörnter Brühe, Pfeffer, Muskat  
1 EL Butter  
4 EL Crème fraîche oder Schmand

1-2 EL gehackte Kräuter zum Bestreuen

### Hauptgericht: FRÜHLINGSGRATIN

1,5 kg Pellkartoffeln

Salz, Pfeffer, Muskat  
1 Bund Frühlingszwiebeln( od. Lauch )

**Guß:**  
500 g Magerquark  
150 g Joghurt  
150 ml Sahne

Salz, Pfeffer, Muskat,  
2 Eier

100 g geriebenem Käse

Dazu paßt ein gemischter Salat.

### Nachspeise: RHABARBER-ERDBEER-CREME

200 g Rhabarber  
1 - 2 Bananen  
200 g Erdbeeren

1 Becher Schlagsahne  
Vanillezucker und Sahnesteif

### KAFFEE

Für alle, die ihn noch nicht auf haben

Die einzelnen Rezeptmengen sind jeweils  
für ca. 4 Personen berechnet.

#### Die Kosten:

Die Kosten für das komplette Menü be-  
laufen sich pro Person (bei 4 Personen)  
auf ca. 3,20 DM bis 4,10 DM je nach  
Einkaufsquelle. mm

\*Frühlingsgratin in Saus und Braus

in  
einrühren, unter ständigem Rüh-  
ren aufkochen,  
waschen, fein hacken, zur Suppe  
geben,  
mit  
würzen  
unterrühren  
vor dem Servieren auf die Suppe  
geben, verrühren

garen, pellen, in Scheiben schnei-  
den, in einer gefetteten  
Auflaufform verteilen, mit  
leicht würzen  
putzen, waschen, sternförmig auf  
den Kartoffeln verteilen

verrühren(evtl.  
etwas Milch zugeben, mit  
würzen  
unterrühren, Guß über das  
Gemüse geben, mit  
bestreuen, im vorgeheizten Back-  
ofen bei 200 Grad ca. 30 - 40 Minu-  
ten backen

waschen, putzen, zerkleinern  
schälen, zerkleinern  
waschen, putzen, davon 100 g zer-  
kleinern, die restlichen als Dekoration  
das zerkleinerte Obst pürieren,  
mit  
steifschlagen, unter das Frucht  
püree heben (vorsichtig!!), in  
Dessertschalen verteilen, mit hal-  
bierten Erdbeeren und geraspelter  
Schokolade dekorieren.



### SPONSOREN

An alle Sponsoren und die, die es wer-  
den wollen: Zeitung machen ist teuer.  
Deshalb freuen wir uns über jede Un-  
terstützung. Wir bedanken uns bei:

**Spielecke 2 im MuKK**  
Königsstraße 59  
netz  
Vorländerweg 28  
terraccamp GmbH  
An der Hansalinie 17

Ab einer Spende in Höhe von 20,- DM  
wird der/die SpenderIn namentlich in  
der nächsten Ausgabe der SPERRE ge-  
nannt. Spenden für die SPERRE und  
damit an ihren Träger 'Arbeitslose brau-  
chen Medien e.V.' sind steuerabzugs-  
fähig. Eine Spendenquittung stellen wir  
auf Wunsch gern aus.



Alles für  
Wandern & Bergsport  
Trekking & Camping  
Reiseausrüstungen

#### Zentrale:

An der Hansalinie 17, 48163 Münster,  
Tel.: 02 51 / 71 93 66

Fax: 02 51 / 71 93 64

#### Stadtfiliale:

Aegidiimarkt 7, 48143 Münster  
Tel.: 02 51 / 4 57 77

**Süddeutsche Zeitung**  
Täglich!  
Wirkt ungemein  
belebend.

In vielen Städten gingen die Frauen am 8. März, dem Internationalen Frauentag, gegen den Sozialabbau auf die Straße.

*Schluß jetzt!* hieß es auch in Münster. Hier hatten die Gruppen des Autonomen Frauenplenums unter dem Motto „Frauenpower gegen die Sozialabbauer“ zu Aktionen in der Innenstadt mobilisiert.

## Münsters Frauen zeigen sich



Fotos (2): Neugebauer

# Schluß jetzt!

Bereits morgens füllte sich der Platz vorm Stadthaus I mit den verschiedensten Info-Tischen und in Null-Komma-Nichts stand die *Mauer der sozialen Kälte*. Sie zeigte, wie sich die Bonner „Spar“- und Streichpolitik besonders auf Frauen auswirkt: bei der Lohnfortzahlung, der Altersrente, den Sozialhilfeleistungen, der Arbeitslosenversicherung, den geringfügigen Beschäftigungen, dem Kündigungsschutz oder der Gesundheitsversorgung.

Die Standortverpressung fehlte ebensowenig wie die Weltmarktorientierung und die Situation der Ausländerinnen, Flüchtlinge und Asylsuchenden.



Rübermachen in eine Welt mit Freiheit, gleichen Rechten und Selbstbestimmung – nur wie? Die Mauer der sozialen Kälte muß weg! Mit Frauenpower gegen Sozialabbau.

Frauen werden arm, weil sie keine „normale“, sprich männliche Erwerbsbiographie haben, weil sie im Schnitt 30 Prozent weniger verdienen als Männer, weil sie Kinder betreuen, weil sie schneller und länger erwerbslos sind, weil das soziale Sicherungssystem an ihrer Lebensrealität vorbeigeht, weil man(n) sie als „Fremde“ oder „Andere“ ansieht.

Diese Erkenntnis bleibt zwar öffentlich unwidersprochen, die erforderlichen Konsequenzen in Politik und Gesellschaft leitet aber niemand ernsthaft ein.

Während der Demonstration zogen über dreihundert Frauen durch die Innenstadt. Die *Wand der sozialen Kälte* wurde auch vor dem Rathaus und dem Stadthaus II aufgebaut.

Alle Rednerinnen verurteilten diese frauenfeindliche Politik. Sie verlangten einen sofortigen Stopp der „Spar“ politik, die Rücknahme bisheriger Beschlüsse, z. B. die Wiedereinführung der Sozialhilfe, die für Asylsuchende 1993 abgeschafft wurde.

Weitere Forderungen waren die gerechte Verteilung der Haus- und Erwerbsarbeit, eine tatsächliche Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch radikale Arbeitszeitverkür-

zung, Überstundenabbau und die Einführung der Sozialversicherungspflicht ab der ersten Arbeitsstunde.

Um die Situation ausländischer Frauen zu verbessern, seien für diese eine eigenständige Aufenthaltserlaubnis, das Recht auf Erwerbstätigkeit und ein Verbot des Heiratshandels notwendig.

In nur zwei Stunden unterschrieben Hunderte von Menschen einen Aufruf gegen die geplante Visumpflicht für ausländische Kinder.

Zum Abschluß stellten die Veranstalterinnen die „Europäischen Märsche gegen Erwerbslosigkeit, ungeschützte Beschäftigung und Ausgrenzung“ vor und forderten alle Frauen auf, sich darüber zu informieren und im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu beteiligen.

Denn: Wer sich heute nicht wehrt, landet morgen am Herd! *Anne Neugebauer*

**SCHWARZE WITWE**  
AUTONOME FRAUENFORSCHUNGSSTELLE E.V.

**Öffnungszeiten:**  
Mo 18-20 Uhr  
Di 11-13 Uhr  
Do 18-20 Uhr  
Tel. 02 51/51 11 99  
Fax. 02 51/51 88 76  
Achtarmannstr. 10-12  
48143 Münster

ARCHIV · FORSCHUNG · KULTUR · POLITIK

# G Hilfloses GRUNZEN

Der Engländer Andrew Cowan hat es in seiner noch jungen Karriere als Schriftsteller schon zu erheblichem Erfolg gebracht: Sein Romanerstling wurde in Großbritannien über 25.000-mal verkauft, mit fünf Literaturpreisen ausgezeichnet und bereits in fünf Sprachen übersetzt. Nun liegt er auch in deutscher Sprache vor.



Andrew Cowan

Foto: Grahame Ellard

Der Titel von Cowans Debütroman ist provozierend und macht neugierig: „Schwein“ – Was könnte sich dahinter verbergen?

Die Geschichte dreht sich tatsächlich um ein Schwein im eigentlichen, tierischen Sinn des Wortes und nicht etwa um ein kaltblütiges oder machtbesessenes menschliches Schwein, wie man zunächst glauben mag.

Dieses harmlose rosafarbene Schwein namens Agnes hilft dem 15-jährigen Danny, dem trüben Leben einer verarm-

ten, einst industriell geprägten englischen Kleinstadt zu entfliehen und sich eine eigene Welt abseits einer Realität voller Gewalt und sozialer Ungerechtigkeit aufzubauen.

Als „Omchen“ stirbt und Opa ins Altersheim muß, beschließt Danny, sich um das von ihnen hinterlassene Schwein zu kümmern und rettet es so vor dem Schlachter. Täglich macht er sich zum alten Haus der Großeltern im Schatten des stillgelegten Stahlwerks auf, um das Schwein zu füttern und um sich heimlich mit seiner indischen Freundin Surinder zu treffen. Gemeinsam gehen die beiden so banalen Dingen wie der Garten- und Hausarbeit nach, malen sich eine Zukunft als Schweinezüchter aus und machen ihre ersten Liebeserfahrungen, während Agnes sich im Dreck suhlt und glücklich vor sich hingrunzt.

So wird das Schwein zum Symbol von Freiheit und Unabhängigkeit, die Danny mit Surinder weitab der wirklichen Welt einen Sommer lang im verlassenen Haus von Oma und Opa genießt.

Doch die Konfrontation mit der Realität bleibt nicht aus, und das Schwein bringt nur kurze Zeit Farbe ins Grau der Industriestadt wüste. Die anfangs noch leisen fremdenfeindlichen Parolen in

Dannys und Surinders Siedlung werden immer lauter, und Surinders Eltern sind fest entschlossen, ihre Tochter mit einem Inder zu verheiraten.

So handelt die Geschichte schließlich vom Verlust einer gemeinsamen Zukunft, die von Anfang an keine Chance hatte. Das Liebesglück scheitert letztendlich an der Ignoranz und Intoleranz unserer Gesellschaft.

Die eindrucksvolle Selbstverständlichkeit, mit der Cowan die alltäglichen Dinge des Lebens schildert und diese mit hochexplosiven Themen wie Arbeitslosigkeit, Rassismus und Gewalt mischt, hat eine ungewöhnliche Leseerfahrung zur Folge. Dadurch, daß Cowan aus der Sicht seines 15-jährigen Protagonisten Danny erzählt, tritt er selbst als Autor hinter den Text zurück und kann es sich erlauben, auf jeglichen Kommentar zu verzichten. Das gibt seinem Roman eine hautnahe und bestechende Authentizität, die glauben läßt, alles sei mit der Kamera eingefangen, aus dem richtigen Leben mitgeschnitten. Feinsinnig registriert Cowan die emotionalen Details des menschlichen Mit- und Gegeneinanders. Sein Sprachstil ist dabei karg und undemonstrativ, ohne flach zu sein, und verleiht den trostlosen Szenen etwas seltsam Packendes.

Die Bedeutung des Geschilderten – der Untergang der Industriegesellschaft, Spannungen zwischen Jung und Alt, soziale Probleme, Sehnsucht nach Liebe und Geborgenheit, Chauvinismus und Rassismus – hinterläßt ein Gefühl der Hilflosigkeit. Fast mag man Cowan des Fatalismus beschuldigen.

Trotzdem verbreitet Cowan mit seiner Geschichte Optimismus, denn Dannys Bewußtsein für Gerechtigkeit läßt hoffen, daß die Schulkinder von heute gescheiter und toleranter sind als ihre Eltern.

alex

Cowan, Andrew:  
Schwein

Deutsch von Eike Schönfeld  
Haffmans Verlag, Zürich

**Rosta**  
**BUCHLADEN**

Regld/Str. 12, 48143 Münster,  
Tel.: 0251 / 4 49 26

Andrew Cowan



SCHWEIN

## Das Arbeitsamt spart bei Fortbildung und Umschulung

Noch vor zehn Jahren war Qualifizierung das Allheilmittel für Arbeitsmarktprobleme. Jetzt plündert das Arbeitsamt den Fonds für berufliche Bildung, um überhaupt noch Arbeitslosengeld und -hilfe auszahlen zu können.



Foto: Delattre

Nur Mut! – Mit ein bißchen Eigeninitiative kriegen Sie das Geld für FuU schon zusammen.

# Plündern frei!

Wer sich in den letzten zwölf Monaten beim Arbeitsamt um eine Fortbildung oder Umschulung bemüht hat, braucht schon ein besonders dickes Fell. Da wurden zugesagte Finanzierungen zurückgenommen, da fielen ganze Lehrgänge aus, weil plötzlich eine Reihe von Teilnehmern ohne Unterhaltsgeld dastand und die Teilnahme absagen mußte.

Eine noch höhere Qualität hat die Offensive gegen berufliche Fortbildung und Umschulung (FuU) in diesem Jahr erreicht. Die Gelder werden nur noch vierteljährlich verteilt. Arbeitslose, die nach den Osterferien am 14. April eine Fortbildung beginnen wollten, konnten froh sein, wenn sie 14 Tage vorher die Finanzierungszusage im Osterkörbchen liegen hatten.

Wer im August eine betriebliche Umschulung beginnen will, bekommt erst im Juli eine definitive Zusage. Arbeitslose, Bildungsträger und Ausbildungsbetriebe werden sich für diese neue Planungssicherheit bedanken.

Frau Loeven, Abschnittsleiterin in der Arbeitsvermittlung des Arbeitsamtes Münster, beschreibt die Situation so:

„Bei FuU ist die Finanzlage derart unbefriedigend, daß wir oft Schwierigkeiten haben, unsere Entscheidungen zu begründen. Manche Arbeitslose können nicht mehr nachvollziehen, warum sie durchfallen bei der Rangfolge derer, deren Umschulungswünsche noch gefördert werden. Sie vermuten eine willkürliche Entscheidung, und oftmals gelingt es uns nicht, den Eindruck auszuräumen.

Ich kann dennoch nur dazu raten, Anträge zu stellen und bei Ablehnung Rechtsmittel einzulegen.“

## Müssen Arbeitslose resignieren?

### 1. Rechtliche Schritte?

Ein Arbeitsloser hat keinen Rechtsanspruch auf FuU. Das Arbeitsamt muß lediglich mit sachlichen Maßstäben sein Anliegen auf Unterstützung prüfen.

„Kein Geld“ ist kein ausreichender Grund für eine Ablehnung. Nach § 219 a des Arbeitsförderungsgesetzes muß das Arbeitsamt für solche „Kann-Leistungen“ die Haushaltsmittel gleichmäßig über das ganze Jahr verteilen. Das Arbeitsamt verletzt diese Rechtsvorschrift hier.

Hilft ein Rechtsstreit? Meist sagt das Arbeitsamt mündlich ab, oft wurde kein schriftlicher Antrag gestellt. Für einen Widerspruch und für ein weiteres Gerichtsverfahren braucht man jedoch eine schriftliche Ablehnung und Zeit. Bis zu einer Entscheidung hat der Lehrgang längst angefangen, nachträglich einsteigen geht oft nicht. Für den Einstieg auf eigenes (Prozeß-)Risiko fehlt fast allen Arbeitslosen das Geld.

Ein anderer Weg ist eine „einstweilige Anordnung“ über das Sozialgericht. Die kann man immer dann beantragen, wenn einem über der Dauer des normalen Rechtswegs ein existentieller Nach-

teil entsteht. Gerichte sehen diese Not in der Regel bei FuU-Maßnahmen nicht, allenfalls in besonderen persönlichen Problemlagen.

### 2. Weiter dem Arbeitsamt die Tür einrennen?

Die Voraussetzungen für die Förderung von FuU erfüllen viele Arbeitslose (Eignung, Anwartschaftszeit, Zweckmäßigkeit usw.). Wie die knappen Mittel auf diese vielen Arbeitslosen aufgeteilt werden, ist letztlich nicht klar. Es gibt kaum verlässliche Orientierungen.

#### Trotz alledem:

- ◆ Man kann sich darum bemühen, dem Arbeitsamt die Berufsaussichten nach dem Lehrgang als gut darzustellen.
- ◆ Man kann das Arbeitsamt an seine Mitverantwortung erinnern.
- ◆ Vielleicht hat man mangels Ausbildung einen „besonderen Bedarf“.

### 3. Sonstige Alternativen in einzelnen Fällen

- ◆ Wer Sozialhilfe bezieht, kann möglicherweise die Fortbildungskosten und den Lebensunterhalt von Sozialamt bezahlt bekommen.
- ◆ Manche schulische Berufsbildungen können für jüngere Teilnehmer vielleicht auch über Bafög gefördert werden.
- ◆ In Einzelfällen mag es ähnlich gelagerte Bildungsgänge geben, in die man wechseln könnte.
- ◆ Einzelne Arbeitslose überlegen, ob es Sinn macht, in einen anderen Arbeitsamtsbezirk umzuziehen, weil dort möglicherweise anders entschieden würde. Das ist jedoch wenig erfolgversprechend. Einerseits brauchen die Akten lange von einem Arbeitsamt zum nächsten, andererseits werden die Arbeitsamtmitarbeiter das nicht gerne sehen.
- ◆ Ansonsten gehen Sie in die Sprechstunde des Bundestagsabgeordneten in Ihrem Wahlkreis. avv

## Radlos ?

Neue und gebrauchte Fahrräder

mon - frei 13-18 Uhr  
Dortmunder Str. 11  
Tel: 66 57 61

LILA LEEZE  
FRAUENFAHRRADWERKSTATT



Der kleine  
**BÜHNENBODEN**  
Studio für künstlerischen Tanz,  
Pantomime und Drama

**SPIELPLAN**  
**Mai - Juni 1997**

Donnerstag 01.05. (11.00 - 16.00 Uhr)  
*Das Bühnenbodenfest*

Freitag 02.05.  
*Kindheitserinnerungen*

Samstag 03.05.  
*Ein szenischer Lesungsabend*  
Veranstaltung des Literaturtreffs

Freitag 09.05./Samstag 10.05.  
*Magischer Kreis*

Freitag 16.05./Samstag 17.05.  
*Und sie drehen noch*

Montag 19.05.  
*Der kleine Prinz*  
Gastspiel: TRIAS THEATER RUHR

Freitag 23.05./Samstag 24.05.  
*Kindheitserinnerungen*  
Neue Fassung!

Freitag 30.05./Samstag 31.05.  
*Durst im Alltag*  
Cucumber Lounge Orchestra

Freitag 06.06./Samstag 07.06.  
*Begierden*

Freitag 13.06./Samstag 14.06.  
*Äußerungen*

Freitag 20.06./Samstag 21.06.  
*Neigungen*

Freitag 27.06./Samstag 28.06.  
*Versuchungen*

Der kleine Bühnenboden  
Schillerstraße 48a, 48155 Münster  
Tel.: 66 17 59 und 27 19 57  
(Telefonische Kartenvorbestellung)  
Beginn: 20.30 Uhr,  
wenn nicht anders angegeben.

Internationale Verhältnisse dienen immer zur Rechtfertigung der eigenen Misere, wenn anders die eigenen Pfoten nicht mehr in Unschuld zu baden wären. So stieg die Globalisierung zum Hätschelkind rat- und tatloser Politik- und Unternehmensführungen auf. Ihr Credo: Lieber irre- als gar nicht führen. Am liebsten greifen sie in die Taschen der sozial Schwächsten, in deren sich seit 15 Jahren Ebbe breitmacht. Da dort nichts mehr zu holen ist, füngern sie jetzt sogar an deren Hosenschlitzten herum. Unter der Gürtellinie, diese Zone sollte für alle *Gentlemen and -women* eigentlich tabu sein. Naiv zu glauben, der Dicke Mann werde sich an Henry Maske je ein Beispiel nehmen. Gewinner kämpfen fair, Herr Kohl. Im Oktober '98 steigen Sie dafür aus dem Ring.

Eine Gewinnerin ist auch Frau Dagmar Lutz aus Münster-Hiltrup. Sie hatte nicht nur die richtige Antwort auf das Rätsel in der letzten SPERRE - Tauwetter -, sondern auch Fortüne bei der Auslosung. Herzlichen Glückwunsch. Nun zu unserem neuen Rätsel:  
*Gesucht wird der Begriff für das internationale Lauffeuer gegen Sozialabbau.*  
Das Lösungswort ergibt sich aus den umrandeten Feldern, und zwar von oben nach unten.  
Alle Fragen beziehen sich wie üblich auf Artikel dieser Ausgabe. Das gibt es zu gewinnen:  
**1 Zwei-Personen-Leichtzelt der Marke Scout.**

Einsendeschluß ist der 23. Juni 1997. (Es gilt das Datum des Poststempels.)  
Sie können uns die richtige Antwort auch per Telefon (51 11 21) mitteilen.  
Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Viel Glück.

Vielen Dank an terracamp, An der Hansalinie 17, 48163 Münster für die freundliche Spende.

Immer auf 'ner heißen Bremsspur.  
Der Sozial-...



Für marodierende Amtsbanden heißt  
es bei FuU: ... frei!



Als Sozialer Betrieb ist DRP alles  
andere als ein zahlloser Papier-...



Frühzeitig Grabschmuck ordern,  
sollten die, die diese lieben



...menüs für Sozialschmarotzer



AFRG-Abbruch GmbH & Cohl KG  
läßt sich von ihr nicht aufhalten



Sie schießen schneller, als man denkt,  
nicht nur beim MÜNSTER-PASS



Zeugt stinkendbraun von der heißen  
Luft menschenunwürdiger Politik



Kombiniere, Detektiv ... Seehofer  
plant Politik mit Eingriff



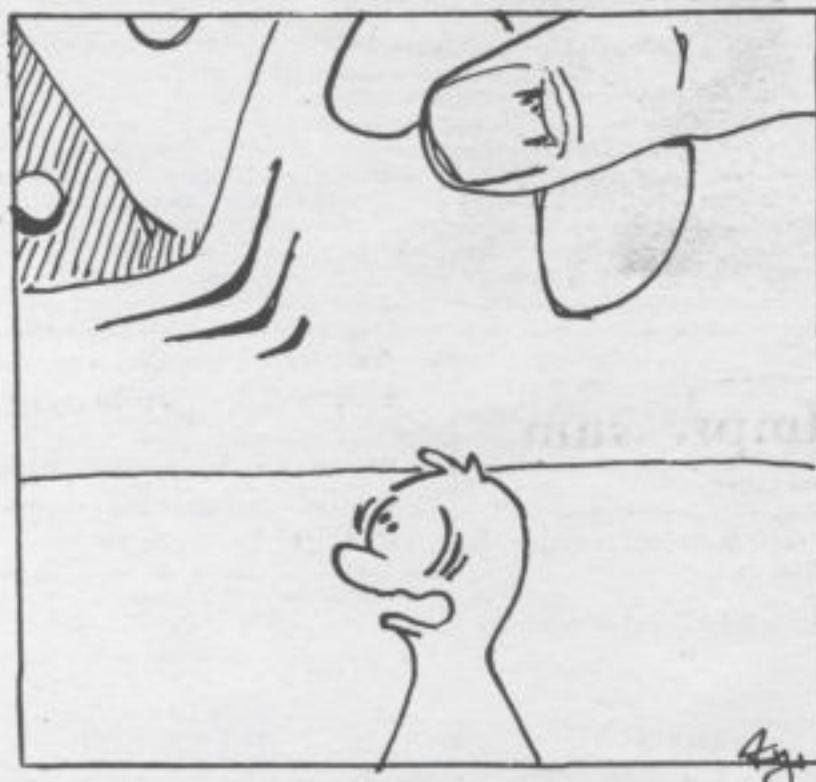
Schmalhans Arbeitsamt zahlt  
Bewerbungskosten nur noch an sie



(Umlaute als zwei Buchstaben; II = 11)

**Holger Stumme († 20. April 1997)**

Mit dem 48jährigen Leiter der Möbelrampe verstarb der Initiator und Mitbegründer von Straffälligenhilfe-Initiativen wie dem *Verein sozial-integrativer Projekte*, *Chance e. V.* und *Knackpunkt e. V.* Die zahlreichen Facetten dieses Gebietes in Münster wären ohne Holger Stummes kompromißloses Engagement seit den 80er Jahren und sein Organisationstalent nicht denkbar. Nach Übernahme der *Möbelrampe* vor sieben Jahren baute er das Beschäftigungsprojekt von fünf auf 30 Mitarbeiter aus. „Ohne Rücksicht darauf, ob es seiner Person schaden oder nützen konnte“ (Sozialamtsleiter Horst Gärtner) versuchte Stumme, in der Auseinandersetzung andere für seine Visionen zu begeistern. Die Ziele und den einzelnen Menschen verlor er trotz unkonventionellen und teils ungeduldigen Vorgehens nie aus den Augen. Lothar Höscker vom Arbeitsamt Münster lernte ihn „als gradlinigen und zuverlässigen Gesprächspartner“ schätzen, und Stummes Arbeit war über Parteigrenzen hinweg anerkannt. *nodi*



Zeichnung: F. Hegemann

## Das große Rennen

**D**er kleine grüne Max schaute sich nach allen Seiten um. Endlich war er draußen. Er hatte es auch langsam satt gehabt, allein zu Hause zurückzubleiben. Seine drei Brüder waren längst hinausgezogen in die weite Welt. Jetzt wollte auch er seine Freiheit genießen und Abenteuer erleben. Das war ja kein Leben gewesen, immer nur zu Hause in der zweiten Reihe herumstehen und darauf warten, daß die Stimme von oben endlich das erlösende Zauberwort sprach: «Sechs!»

Damals, als die Stimme das erste Mal «Sechs!» sagte, kamen drei riesige Greifer aus dem Himmel, faßten seinen Bruder Paul, der ganz vorne stand, an seinem kugelrunden Kopf, und Paul schwebte davon. Doch nur kurze Zeit später stellten die Greifer ihn wieder an seinen Platz zurück.

«Hütet euch bloß vor den Gelben, wenn ihr draußen seid», sagte Paul zu Max und den anderen beiden Brüdern. «Einer von ihnen hat mich doch glatt umgeworfen, und die Greifer haben mich hierher zurückgestellt.»

Max wollte mehr wissen, doch da donnerte die Stimme von oben wieder «Sechs!», und Paul schwebte an den Greifern hinaus. So geschah es auch mit seinen anderen beiden Brüdern. Keiner der drei kehrte je zurück.

Nach einer langen, langen Zeit des Wartens war Max endlich an der Reihe. «Sechs!» sagte die Stimme von oben. Die Greifer hoben Max hoch und ließen ihn auf einem grünen Kreis direkt vor seinem Zuhause herunter. Auf dem Kreis war der große Buchstabe A zu lesen.

Sollte das etwa schon alles gewesen sein? So kurz hatte Max sich seine erste große Reise nicht vorgestellt. Plötzlich fiel ein riesiger eckiger Holzblock aus dem Himmel. Als er auf die Erde prallte, bebte der Boden unter Max' Füßen. Max hatte alle Mühe stehenzubleiben. Kaum hatte er sich von dem Schreck erholt, da packten ihn die Greifer schon wieder und hoben ihn von einem weißen Feld zum anderen genau in die Richtung, in die der Pfeil zeigte, der neben dem grünen Kreis mit dem großen A auf dem Boden aufgemalt war.

«Eins - zwei - drei - vier - fünf», zählte die Stimme von oben. Dann ließen die Greifer Max los.

Ja, und hier stand er nun und sah sich um.

«Jetzt bin ich dran», sprach eine andere Stimme.

Max sah, wie drei andere riesige Greifer den großen Holzblock hochhoben und wieder fallen ließen.

Die zweite Stimme sagte: «Sechs ... eins - zwei - drei - vier - fünf - sechs.»

«Nochmal», sagte die erste Stimme.

Der Holzblock fiel herunter und kulterte mit Karacho direkt an Max' Nasenspitze vorbei. Als er liegenblieb, sagte die zweite Stimme: «Drei ... eins - zwei - drei.»

Jemand tippte Max von hinten auf die Schulter. Max drehte sich um. Hinter ihm stand ein Menschlein, das genauso aussah wie er selbst, nur mit dem einen Unterschied, daß seine Haut nicht grün war, sondern pechschwarz glänzte.

Max atmete erleichtert auf: «Ich fürchtete schon, Du seist einer von den Gelben. Die Gelben werfen uns um, und dann müssen wir zurück nach Hause. So ist es meinem Bruder Paul ergangen.»

«Die Gelben», sagte das schwarze Kerlchen voller Verachtung, «wer fürchtet sich schon vor denen.»

Er schlug sich an die Brust:

«Ich selbst habe zwei von ihnen umgeworfen. Jetzt sind sie wieder alle vier auf ihrem Platz und müssen von vorn anfangen. Das heißt, wenn sie jemals wieder herauskommen. Die Roten, vor denen mußt Du Reißaus nehmen. Die sind hinter uns allen her.»

«Rote? - Von Roten hat mein Bruder nichts erzählt», sagte Max.

Wieder bebte die Erde, denn der Holzblock war wieder aus dem Himmel gefallen.

«Mist!», schimpfte eine Stimme von oben, die Max bisher noch nicht gehört hatte. «Wieder keine Sechs.»

«Hast Du meine Brüder gesehen?», fragte Max den Schwarzen, während der Holzblock wieder zu Boden fiel und eine Stimme bis drei zählte.

«Sind Deine Brüder von der gleichen häßlichen grünen Farbe wie Du?», fragte der Schwarze. Max nickte. «Einer von ihnen war eine Zeitlang hinter mir her, aber ich konnte ihm entweichen. Mich kriegt keiner», prahlte er und grinste breit über sein schwarz glänzendes Gesicht.

Max dachte nach. Irgendetwas stimmte hier nicht. Wenn die Roten hinter allen her waren, ein Gelber seinen Bruder herausgeworfen hatte und der Schwarze zwei Gelbe, dann wollte dieser Schwarze hier vielleicht ihn herauswerfen. Ja, vielleicht war es sogar so, daß alle, die nicht grün waren, Jagd auf ihn und seine Brüder machten. Und vielleicht mußten umgekehrt er und seine Brüder alle anderen jagen. Eins war klar: Dieser Schwarze hier hatte ihm nicht die ganze Wahrheit gesagt.

«Das beste ist», dachte Max sich, «wenn ich mich aus dem Staub mache.»

Der riesige Holzblock fiel aus dem Himmel und blieb direkt neben Max liegen. Die Wand des Holzblocks, die sich vor Max Gesicht erhob, hatte vier kreisrunde goldene Einbuchtungen. Max stellte sich auf

die Zehenspitzen, legte seine Hände an den oberen Rand des Blockes und zog sich so weit hoch, daß er auf die Dachfläche des Blockes sehen konnte. Dort waren sechs goldene Krater.

«Sechs!», sagte die Stimme über Max.

Die Greifer packten ihn, und mit Riesenschritten ging es weg von dem Schwarzen. Max mußte kurz stehenbleiben, wieder fiel der Klotz, wieder sagte die Stimme «Sechs!», und wieder flog Max weiter. Und dann nochmal das gleiche. Die Greifer trugen Max über einen anderen Schwarzen und drei Rote hinweg. Zuletzt durfte er nur noch vier Felder gehen. Als er stehenblieb, sah er seine Brüder wieder. Da standen sie alle drei hintereinander aufgereiht vor ihm.

«Max», sagte Paul, «Du mußt nur noch einen einzigen Schritt tun auf den grünen Punkt vor Deinen Füßen. Dann sind wir Brüder wieder alle zusammen, und keiner darf Dich mehr umwerfen.»

Max wartete und wartete und wartete. Der Holzblock fiel – einmal, zweimal, dreimal. Der Boden bebte, und die Zahlen erschallten vom Himmel. Endlich hörte Max die Stimme wieder, die zu seinen Greifern gehörte: «Zwei!»

Eine andere Stimme lachte laut auf: «Ätsch!»

Dann fiel der Holzblock dreimal hintereinander: «Sechs – Sechs – Drei», rief die Stimme von oben.

Ein gelbes Menschlein kam um die Ecke gerannt und schubste Max von seinem Platz weg. Max lag da und weinte. Die Greifer hoben ihn auf und stellten ihn an den Platz zurück, wo alles begonnen hatte. Max blickte in den Himmel.

«Wieso ich?», fragte er leise. «Wieso gerade ich?»

«Weine nicht», sagte die Stimme über ihm, «das ist alles nur ein Spiel.»

«Und wie heißt dieses Spiel?», fragte Max. Statt einer Antwort fiel der schwere Holzblock aus dem Himmel und hätte ihn beinahe umgerissen. «Sechs!», sagte die Stimme von oben. uwi

**Wenn ihr wißt, wie das Spiel heißt, dann schreibt die Antwort auf eine Postkarte und schickt sie uns bis zum 23. Juni 1997**

Unsere Adresse findet ihr auf Seite 3.

Und was gibt es zu gewinnen?  
Das verraten wir nicht.

Das Spiel, das wir diesmal verlosen, ist nämlich gleichzeitig auch die Lösung des Rätsels.

Gestiftet hat diesen Preis die Spiel-ecke 2 in Münsters ungewöhnlichem Kinderkaufhaus MuKK.



Kann die Liebe Sünde sein ...? Foto: SPERRE-Archiv

Tips aus der  
Anwaltspraxis

Arbeitslosen-/  
Sozialhilfe:

## Geld oder Liebe

**Müssen Arbeits- und Sozialämter künftig gegen Wohngemeinschaften keine Liebesbeweise mehr führen?**

Sozialhilfebeziehende, die in einer eheähnlichen Gemeinschaft leben, müssen künftig eher mit Kürzung der Leistungen rechnen als bisher. Zur Zeit muß das Sozialamt nachweisen, daß ein/e Sozialhilfebeziehende/r tatsächlich in „wilder Ehe“ lebt und nicht nur in einer Wohngemeinschaft, um das Einkommen des anderen auf die Sozialhilfe anrechnen zu dürfen. Es wird jedoch über eine Beweislastenumkehr beraten. Danach sollen künftig Sozialhilfeberechtigte nachweisen müssen, daß sie nicht von ihren Mitbewohnern unterstützt werden (Initiative Frauen Presse Agentur, Nr. 164, April 1997, S. 7).

Ähnliches gilt für die Arbeitslosenhilfe. Das Arbeitsamt rechnet, wenn es die Höhe der Arbeitslosenhilfe festlegt, neben dem eigenen Einkommen das Einkommen des Partners einer eheähnlichen Lebensgemeinschaft an.

Bei der Prüfung, ob eine solche Gemeinschaft vorliegt, geht die Arbeitsverwaltung von Indizien aus:

Beide Partner dürfen nicht miteinander verwandt sein, müssen in einer Wohnung leben, gemeinsam wirtschaften und füreinander in Notfällen da sein. Es muß sich um das Zusammenleben von Mann und Frau handeln. Schwule und lesbische Paare gelten nicht als eheähnliche Gemeinschaften. Außerdem muß das Paar entweder ein gemeinsames Kind haben oder gemeinsam das Kind von einem der Partner betreuen, oder die Gemeinschaft muß seit mindestens drei Jahren bestehen. Da all dies lediglich Indizien sind, ist natürlich der Gegenbeweis möglich.

Zerbricht die Partnerschaft, kann die Trennung der Gemeinschaft schon erfolgen, wenn beide Partner noch in derselben Wohnung leben. Nach außen verdeutlicht z. B. die Kündigung der Kontovollmacht, die Aufteilung des Porzellan-service, die Suche nach einer neuen Wohnung etc. das Auseinanderleben. Davon überzeugt sich das Arbeitsamt auch – in Ausnahmefällen – vor Ort. Sind nicht beide Partner mit einem solchen Besuch einverstanden, bleibt dem Sachbearbeiter nur die Möglichkeit, das Ex(?)-Paar zum Arbeitsamt zu zitieren und nach dem Wohnverhältnis zu befragen.

Wilhelm Achelpöhlner



## Arbeitslose brauchen Medien e. V.

Achtermannstr. 7

Tel.: 51 11 21; Fax.: 4 79 14

### Termine:

Mo.-Fr.	Allg. Öffnungszeiten	10.00-16.00
Di.	Schreibwerkstatt	11.00-15.00
Mi.	Graphische Gestaltung	13.00-15.00
Do.	Arbeitslosen-Stammtisch	20.00-22.00
	(alle 14 Tage)	
Do., Fr.	Beratung nach dem AFG	11.00-13.00

### Weitere Termine nach Vereinbarung

Die Sendung zum Thema: **W.A.S.**

„Wohnen, Arbeiten, Soziales“ auf Radio Antenne Münster jeden 4. Donnerstag im Monat von 18.04-18.56 Uhr

**O**hne Berufspraxis endet der Absprung ins Arbeitsleben allzuoft im kalten Wasser der Arbeitslosigkeit. Das muß nicht sein. In der SPERRE können angehende JournalistInnen ihre ersten Schwimmversuche machen. Und nicht nur die Studierende der Sozialpädagogik, Sozialarbeit etc. können bei uns ihr Praktikum machen. Denn die SPERRE ist nicht nur Münsters Arbeitslosenzeitung, sondern auch ein Arbeitslosenzentrum, in dem es alle Hände voll zu tun gibt.

### Wir suchen freie MitarbeiterInnen & PraktikantInnen

für  
Text, Layout, Fotografieren,  
Anzeigenakquise, Verteilung,  
Arbeitslosenzentrumsarbeit und  
was sonst alles so anfällt.

Allerdings: Im Geld schwimmen werdet ihr nicht. Denn: Talentierte Workaholics ohne pekuniäre Ambitionen werden bei gleicher Qualifikation bevorzugt.

☎ 0251/51 11 21



## KEIN STILLSTAND OHNE STELLE

– Stammtisch für Arbeitslose  
und Interessierte –

Austausch von Ansichten,  
Anregungen und Auswegen.

Regelmäßige Treffen  
alle 14 Tage donnerstags  
ab 20.00 Uhr  
im SPERRE-Keller  
gegenüber vom cuba.

### Kontakt:

**Maria Hamers,**  
**Arbeitslose brauchen Medien e.V.,**  
**Achtermannstraße 7**  
**Tel.: 51 11 21**

## Sozialberatungen im cuba

Achtermannstr. 10-12



Projektberatung Beratung zu ABM und anderen Beschäftigungsmaßnahmen Tel.: 51 19 29	Mi. u. nach Vereinb.	10.00-12.00 Uhr
Arbeitslosenberatung speziell für Langzeitarbeitslose (Allgemeine Öffnungszeiten: Mo. - Fr. 09.00-13.00 Uhr, Mo. u. Do. 14.00-18.00 Uhr, Di. u. Mi. 14.00-16.00 Uhr) Tel.: 51 19 29 und 5 81 75	Mo. u. Do. Di. u. Do.	15.00-17.00 Uhr 09.00-12.00 Uhr u. nach Vereinb.
Rat & Tat, individuelle Beratung zur beruflichen Wiedereingliederung Tel. 51 88 80	Di. bis Fre.	10.00-12.00 Uhr u. nach Vereinb.
sic - Sozialhilfeberatung im cuba Tel.: 5 88 56	Di. bis Fre. Do.	09.00-12.00 Uhr 15.00-17.00 Uhr
Beratung für Schwangere und Alleinerziehende Tel.: 5 88 56	Do.	09.00-12.00 Uhr u. n. Vereinb.
Sozialhilfesorgentelefon Tel.: 4 35 44	Mo. u. Mi.	15.00-17.00 Uhr